

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/32390 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Halbjahr 2021

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erfragten Informationen zur Asylstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beleuchten ausgewählte Aspekte, die in der medialen Berichterstattung nur wenig Beachtung finden. So ist kaum bekannt, dass die Anerkennungsquote bei inhaltlichen Asylentscheidungen weitaus höher liegt, als die offiziellen Zahlen vermuten lassen (vgl. hierzu und zum Folgenden, soweit nicht anders angegeben, die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/28109). Die sogenannte bereinigte Schutzquote, bei der rein formelle Entscheidungen unberücksichtigt bleiben, lag im Jahr 2020 bei 57,3 Prozent, gegenüber der von der Bundesregierung verwandten unbereinigten Schutzquote in Höhe von 43,1 Prozent.

Hinzu kommen Anerkennungen durch die Gerichte nach einer zunächst negativen Entscheidung des BAMF, gegen knapp drei Viertel aller ablehnenden BAMF-Bescheide wurde im Jahr 2020 geklagt. Fast die Hälfte aller Asylklagen (46,3 Prozent) endete 2020 mit einer „sonstigen Verfahrenserledigung“, z. B. wenn Verfahren von mehreren Familienangehörigen zusammengelegt werden, wenn eine Klage nicht weiterverfolgt oder wenn ein Schutzstatus im Einvernehmen mit dem BAMF in Abänderung des Ursprungsbescheides erteilt wird. „Sonstige Verfahrenserledigungen“ erfolgen nicht etwa überwiegend in Fällen mit schlechten Erfolgsaussichten, wie die wichtigsten betroffenen Herkunftsländer zeigen: Syrien, Afghanistan und der Irak. Auch wenn ein Gericht entscheidet, dass das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden muss, gilt dies z. B. als „sonstige Erledigung“ (vgl. Antwort zu Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 19/4961). Die Bundesregierung räumte auf Nachfrage ein (vgl. Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 19/22023), dass „sonstige Verfahrenserledigungen“ bei Gericht keine Aussage zur Schutzbedürftigkeit der Betroffenen beinhalten und nicht als Bestätigung der Entscheidungspraxis des BAMF gewertet werden können.

Werden diese formellen Erledigungen außer Betracht gelassen und nur tatsächlich inhaltliche Entscheidungen der Gerichte betrachtet, ergibt sich nach Berechnung der Fragestellenden eine bereinigte Erfolgsquote von Asylsuchenden im Klageverfahren im Jahr 2020 in Höhe von 31,2 Prozent – das BAMF gab demgegenüber eine Aufhebungsquote in Höhe von nur 16,6 Prozent an

(Gerichtsstatistik 2020, www.bamf.de). Bei afghanischen Geflüchteten lag die bereinigte Erfolgsquote im Klageverfahren 2020 sogar bei 60 Prozent, d. h. deutlich mehr als jeder zweite BAMF-Bescheid erwies sich nach einer gerichtlichen Überprüfung als falsch. In absoluten Zahlen mussten die Verwaltungsgerichte 2020 insgesamt 21 224 BAMF-Bescheide korrigieren, zudem änderte das BAMF von sich aus weitere 3 811 Bescheide. In 24 328 Fällen erhielten vom BAMF zunächst abgelehnte Schutzsuchende im Jahr 2020 auf diese Weise doch noch einen Schutzstatus, hinzu kamen 2 471 Anerkennungen als Ergebnis eines Folgeantrags.

Die Spannweite der bereinigten Schutzquoten unterschiedlicher Standorte des BAMF ist enorm: Bei afghanischen Schutzsuchenden beispielsweise lag sie im Jahr 2020 zwischen 31,7 und 87,5 Prozent, bei irakischen zwischen 8,8 und 78 Prozent und bei türkischen Asylsuchenden zwischen 11,4 und 67,9 Prozent. Mit deutlich negativ abweichenden Schutzquoten fielen z. B. die BAMF-Standorte Frankfurter Flughafen, Heidelberg, Chemnitz, Bamberg, Neumünster, Eisenhüttenstadt, Zirndorf, Gießen und Regensburg auf, viele von ihnen bereits im Jahr 2019. Das Forschungszentrum des BAMF benannte u. a. folgende Erklärungen für eine abweichende Entscheidungspraxis im BAMF: ein besonderes „Mikroklima“ in der jeweiligen Organisationseinheit, die Zusammensetzung des Personals und lokale Auslegungen von Leitsätzen. Das wurde von der Bundesregierung zunächst als „hypothetisch“ bewertet (Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/6786), auf Nachfrage (Antwort zu Frage 4f auf Bundestagsdrucksache 19/18498) hieß es, dass Qualitätssicherungsmaßnahmen und Schutzquotenüberprüfungen „den hypothetischen lokalen (Fehl-) Entwicklungen entgegenwirken bzw. diese verhindern sollen“. So wurden z. B. in Bezug auf die Herkunftsländer Nigeria und Eritrea Leitsätze und Textbausteine geändert, um Entscheidungen zu vereinheitlichen (ebd., Frage 4b). In der Zeitschrift für Ausländerrecht (ZAR 7/2020, S. 223 ff.) erklärte die Vize-Präsidentin des BAMF, Ursula Gräfin Praschma, unterschiedliche Schutzquoten ließen sich vor allem auf individuell unterschiedliche Sachverhalte und Merkmale der jeweiligen Asylgesuche zurückführen. In einer Entgegnung (ZAR 1/2021, S. 10 ff.) legte Prof. Dr. Gerald Schneider aufgrund empirischer Daten zu Asylsuchenden in Deutschland dar, dass diese individuellen Merkmale gerade keinen messbaren Effekt auf die Schutzgewährung hätten.

Immer mehr Anerkennungen erfolgen im Rahmen des Familienschutzes, d. h. es geht um Angehörige von in Deutschland bereits anerkannten Flüchtlingen, hierunter auch Personen, die zuvor im Wege des legalen Familiennachzugs eingereist sind (Antwort zu Frage 2b auf Bundestagsdrucksache 19/13945). Beim Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) lag der Anteil des Familienschutzes im Jahr 2020 bei 82 Prozent (2019: 80,6 Prozent, 2017: 24,5 Prozent, 2015: 2,2 Prozent). Werden diese Anerkennungen für Familienangehörige außer Betracht gelassen, zeigt sich, dass z. B. syrischen Asylsuchenden im Jahr 2015 noch zu 99,7 Prozent vom BAMF ein Schutz nach der GFK zugesprochen wurde, im ersten Halbjahr 2020 aber nur noch zu knapp 5 Prozent (vgl. Valentin Feneberg und Sebastian Pukrop: „Zur Asyl- und Gerichtsstatistik des BAMF“, in: ASYLMAGAZIN 10-11/2020, S. 356). Die meisten GFK-Status werden derzeit also an Familienangehörige infolge einer früheren Spruchpraxis des BAMF erteilt. Die aktuelle Entscheidungspraxis des BAMF ist hingegen weitaus restriktiver.

Bei der Mehrheit aller Asylsuchenden in Deutschland handelt es sich um Kinder und Jugendliche, 2020 lag der Anteil der unter 18-jährigen Asylsuchenden bei 53,9 Prozent, 2,2 Prozent waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 26.521 Asylanträge (25,9 Prozent aller Anträge) wurden für in Deutschland geborene Kinder von Geflüchteten (Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen, Personen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)) gestellt. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat knüpft vor diesem Hintergrund in seiner Asylantragsstatistik seit Januar 2020 zentral an die Zahl „grenzüberschreitender Asylerstanträge“ an, bei der Anträge für hier geborene Kinder nicht berücksichtigt werden

(<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/01/asylzahlen-jahr-2019.html>).

1. a) Wie hoch war die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG), nach § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) in Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), subsidiärer Schutz und Abschiebungshindernisse) in der Entscheidungspraxis des BAMF im ersten Halbjahr 2021 bzw. im bisherigen Jahr 2021 (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen angeben und für die 15 wichtigsten Herkunftsländer gesondert darstellen, bitte für jedes dieser Länder in relativen Zahlen angeben, wie viele Asylsuchende Schutz nach Artikel 16a GG, nach § 60 Absatz 1 AufenthG in Anwendung der GFK einen subsidiären Schutzstatus bzw. nationalen Abschiebungsschutz zugesprochen bekommen haben, bitte in einer weiteren Tabelle nach Art der Anerkennung differenzieren: Asylberechtigung (darunter Familienasyl), internationaler Flüchtlingsschutz (darunter Familienschutz), subsidiärer Schutz (darunter Familienschutz), nationale Abschiebungsverbote – bitte jeweils so differenziert wie möglich darstellen und in jedem Fall Angaben zu den Herkunftsländern Algerien, Marokko, Tunesien, Georgien, Armenien sowie zu allen sicheren Herkunftsstaaten machen)?
- b) Wie hoch war in den genannten Zeiträumen jeweils die „bereinigte Gesamtschutzquote“, d. h. die Quote der Anerkennungen bezogen auf tatsächlich inhaltliche und nicht formelle Entscheidungen (bitte wie in Frage 1a differenzieren), und welche näheren Angaben lassen sich machen zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen in den genannten Zeiträumen?

Die Fragen 1a und 1b werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass durch Heranziehen der erfragten sogenannte bereinigte Gesamtschutzquote (Quote zu Frage 1b) etwaige Bleibeperspektiven von Staatsangehörigen der unten genannten Staaten nicht hergeleitet oder begründet werden können, da die formellen Ablehnungen von Asylanträgen bei einer derartigen Quotenberechnung nicht berücksichtigt werden. Formelle Ablehnungen führen ebenso wie materiell entschiedene Asylablehnungen im Regelfall zu einer Ausreisepflicht. Maßgeblich für die Feststellung einer etwaigen Bleibeperspektive ist daher die Gesamtschutzquote, die alle ablehnenden Asylentscheidungen berücksichtigt:

4. Quartal 2020	Asylberechtigung Art. 16a GG		Flüchtlingschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	533	0,7 %	13.792	17,2 %	10.571	13,2 %	2.660	3,3 %	27.556	34,4 %	61,8 %
darunter:											
Syrien	102	0,3 %	7.268	20,2 %	9.147	25,5 %	93	0,3 %	16.610	46,2 %	99,9 %
Afghanistan	18	0,3 %	638	10,5 %	258	4,2 %	1.407	23,1 %	2.321	38,1 %	64,8 %
Irak	6	0,1 %	1.203	22,1 %	237	4,4 %	314	5,8 %	1.760	32,4 %	46,2 %
Ungeklärt	34	1,5 %	920	41,5 %	150	6,8 %	30	1,4 %	1.134	51,2 %	80,0 %
Türkei	112	3,3 %	920	27,3 %	13	0,4 %	8	0,2 %	1.053	31,2 %	37,3 %
Somalia	59	3,5 %	646	38,6 %	116	6,9 %	115	6,9 %	936	55,9 %	77,9 %
Eritrea	21	1,5 %	809	57,9 %	201	14,4 %	116	8,3 %	1.147	82,0 %	92,6 %
Nigeria	13	0,4 %	128	4,3 %	24	0,8 %	132	4,4 %	297	9,9 %	15,3 %
Georgien	-	-	-	-	2	0,1 %	9	0,7 %	11	0,8 %	1,3 %
Iran,	35	1,5 %	455	19,5 %	53	2,3 %	19	0,8 %	562	24,1 %	33,5 %
Algerien	-	-	5	0,5 %	1	0,1 %	7	0,7 %	13	1,3 %	4,4 %
Russische Föderation	9	0,6 %	67	4,2 %	19	1,2 %	15	0,9 %	110	6,9 %	12,8 %
Vietnam	-	-	-	-	-	-	1	0,2 %	1	0,2 %	0,2 %
Pakistan	1	0,1 %	69	6,6 %	4	0,4 %	22	2,1 %	96	9,2 %	20,6 %
Marokko	1	0,2 %	7	1,1 %	3	0,5 %	7	1,1 %	18	2,8 %	6,0 %
Serbien	-	-	1	0,2 %	-	-	2	0,3 %	3	0,5 %	1,2 %
Albanien	-	-	-	-	3	0,7 %	3	0,7 %	6	1,5 %	3,0 %
Ghana	-	-	2	0,6 %	-	-	9	2,6 %	11	3,1 %	4,8 %
Nordmazedonien	-	-	-	-	-	-	2	0,6 %	2	0,6 %	1,3 %
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kosovo	-	-	1	0,4 %	-	-	2	0,7 %	3	1,1 %	2,9 %
Senegal	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tunesien	-	-	-	-	2	0,5 %	2	0,5 %	4	1,0 %	2,6 %
Armenien	-	-	2	0,5 %	6	1,5 %	13	3,3 %	21	5,3 %	9,1 %

1. Halbjahr 2021			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	533	0,7 %	1,2 %
darunter Familienschutz	228	0,3 %	0,5 %
Flüchtlingschutz (§ 3 I AsylG)	13.792	17,2 %	30,9 %
darunter Familienschutz	11.624	14,5 %	26,1 %
Subsidiärer Schutz nach			
§ 4 I Nummer 1 AsylG	8	0,0 %	0,0 %
§ 4 I Nummer 2 AsylG	7.595	9,5 %	17,0 %
§ 4 I Nummer 3 AsylG	456	0,6 %	1,0 %
§ 4 I AsylG Familienschutz	2.512	3,1 %	5,6 %
Summe subsidiärer Schutz	10.571	13,2 %	23,7 %
Abschiebungsverbot nach:			
§ 60 V AufenthG	2.464	3,1 %	5,5 %
§ 60 VII AufenthG	196	0,2 %	0,4 %
Summe Abschiebungsverbot	2.660	3,3 %	6,0 %
Gesamtsschutz	27.556	34,4 %	61,8 %

1.1. bis 31.8.2021	Asylberechtigung Art. 16a GG		Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG		Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG		Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG		Gesamtsschutz		Quote zu Frage 1b
	Ab-solut	Anteil	Ab-solut	Anteil	Ab-solut	Anteil	Ab-solut	Anteil	Ab-solut	Anteil	Anteil
Herkunftsländer gesamt	780	0,8 %	19.668	19,3 %	14.565	14,3 %	3.393	3,3 %	38.406	37,8 %	63,7 %
darunter:											
Syrien	160	0,4 %	10.464	24,0 %	12.655	29,0 %	127	0,3 %	23.406	53,7 %	99,8 %
Afghanistan	26	0,4 %	839	11,4 %	329	4,5 %	1.753	23,9 %	2.947	40,1 %	66,4 %
Irak	7	0,1 %	1.655	23,4 %	312	4,4 %	427	6,0 %	2.401	33,9 %	47,6 %
Türkei	151	3,5 %	1.245	28,8 %	22	0,5 %	13	0,3 %	1.431	33,1 %	39,3 %
Ungeklärt	55	1,9 %	1.383	46,9 %	212	7,2 %	39	1,3 %	1.689	57,3 %	82,2 %
Somalia	71	3,2 %	949	42,2 %	159	7,1 %	154	6,8 %	1.333	59,2 %	80,0 %
Eritrea	27	1,4 %	1.200	60,6 %	292	14,7 %	139	7,0 %	1.658	83,7 %	93,0 %
Georgien	-	-	1	0,1 %	2	0,1 %	10	0,5 %	13	0,7 %	1,1 %
Nigeria	16	0,4 %	174	4,5 %	30	0,8 %	169	4,4 %	389	10,1 %	16,1 %
Iran	55	1,8 %	617	20,4 %	74	2,5 %	29	1,0 %	775	25,7 %	35,7 %
Moldau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Algerien	-	-	5	0,4 %	2	0,2 %	9	0,7 %	16	1,3 %	4,4 %
Russische Föderation	17	0,8 %	95	4,4 %	25	1,2 %	17	0,8 %	154	7,1 %	13,8 %
Vietnam	-	-	-	-	-	-	2	0,3 %	2	0,3 %	0,3 %
Pakistan	2	0,1 %	109	7,9 %	6	0,4 %	29	2,1 %	146	10,6 %	23,8 %
Albanien	-	-	-	-	3	0,6 %	3	0,6 %	6	1,1 %	2,1 %
Serbien	-	-	1	0,1 %	-	-	4	0,5 %	5	0,6 %	1,4 %
Nordmazedonien	-	-	-	-	-	-	3	0,6 %	3	0,6 %	1,5 %
Ghana	-	-	3	0,7 %	-	-	10	2,3 %	13	2,9 %	4,3 %
Bosnien und Herzegowina	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kosovo	-	-	2	0,6 %	-	-	4	1,2 %	6	1,8 %	4,8 %
Senegal	-	-	-	-	-	-	1	0,7 %	1	0,7 %	1,4 %
Montenegro	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Marokko	1	0,1 %	9	1,1 %	3	0,4 %	8	0,9 %	21	2,5 %	5,5 %
Tunesien	-	-	-	-	2	0,4 %	3	0,6 %	5	1,0 %	2,5 %
Armenien	-	-	2	0,4 %	6	1,2 %	17	3,3 %	25	4,9 %	8,7 %

1.1. bis 31.8.2021			Quote zu Frage 1b
	absolut	Anteil	Anteil
Asylberechtigung	780	0,8 %	1,3 %
darunter Familienschutz	328	0,3 %	0,5 %
Flüchtlingsschutz (§ 3 I AsylG)	19.668	19,3 %	32,6 %
darunter Familienschutz	16.595	16,3 %	27,5 %
Subsidiärer Schutz nach:			
§ 4 I Nummer 1 AsylG	9	0,0 %	0,0 %
§ 4 I Nummer 2 AsylG	10.386	10,2 %	17,2 %
§ 4 I Nummer 3 AsylG	529	0,5 %	0,9 %
§ 4 I AsylG Familienschutz	3.641	3,6 %	6,0 %
Summe subsidiärer Schutz	14.565	14,3 %	24,1 %
Abschiebungsverbot nach			
§ 60 V AufenthG	3.153	3,1 %	5,2 %
§ 60 VII AufenthG	240	0,2 %	0,4 %
Summe Abschiebungsverbot	3.393	3,3 %	5,6 %
Gesamtsschutz	38.406	37,8 %	63,7 %

Nähere Angaben zu den Gründen sonstiger Verfahrenserledigungen für die genannten Zeiträume können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1. Halbjahr 2021 Entscheidungskategorie	
Einstellung wg. § 33 I u II, § 32a II AsylG	1.146
nicht erforderlich, Dublin	141
sonstige Einstellung	1.210
Unzulässig (§ 29 I Nummer 1 AsylG)	6.839
Unzulässig (§ 29 I Nummer 2 AsylG)	1.327
Unzulässig (§ 29 I Nummer 3 AsylG)	17
Unzulässig (§ 29 I Nummer 4 AsylG)	4
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	1.776
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	23.092

bis 31.8.2021 Entscheidungskategorie	
Abschiebung vor Entscheidung	1
Antrag nicht weiter bearbeitet	2
Einstellung wg. § 33 I u II, § 32a II AsylG	1.597
nicht erforderlich, Dublin	176
sonstige Einstellung	1.535
Unzulässig (§ 29 I Nummer 1 AsylG)	8.056
Unzulässig (§ 29 I Nummer 2 AsylG)	1.727
Unzulässig (§ 29 I Nummer 3 AsylG)	18
Unzulässig (§ 29 I Nummer 4 AsylG)	4
Unzulässig (kein Zweitverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	2.244
Unzulässig (kein Folgeverf. § 29 I Nummer 5 AsylG)	26.017

- c) Wie wirkten sich insbesondere Entscheidungen zu Folgeanträgen syrischer Staatsangehöriger, keine erneute Asylprüfung infolge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 19. November 2020 zu Wehrdienstverweigerern aus Syrien vorzunehmen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/30248), auf die Schutzquoten aus, und spricht dies nach Auffassung der Bundesregierung gegebenenfalls dafür, auch die bereinigten Schutzquoten in Mitteilungen des BAMF anzugeben (bitte ausführen)?

Zur Auffassung der Bundesregierung bezogen auf die Verwendung einer Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF wird auf die Antwort zu den Fragen 1a und 1b verwiesen. Die weiteren Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Schutzquoten Syrien – 1.1. bis 31.8.2021		
Gesamtschutzquote (Erst- und Folgeanträge)	Gesamtschutzquote (nur Erstanträge)	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF
53,7 %	92,2 %	99,9 %

2. a) Wie viele der Anerkennungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) (GFK) im ersten Halbjahr 2021 bzw. im bisherigen Jahr 2021 beruhten auf staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung bzw. waren Familienflüchtlingsschutzstatus (bitte in absoluten und relativen Zahlen und noch einmal gesondert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

Angaben zu Entscheidungen aufgrund staatlicher, nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung werden nur für Entscheidungen nach § 3 Absatz 1 des Asylgesetzes (AsylG) erfasst und können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

1. Halbjahr 2021	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	13.792	11.624	1.163	203	736	506
darunter:						
Syrien	7.268	6.999	210	29	23	5
Afghanistan	638	466	18	4	135	47
Irak	1.203	1.097	9	0	81	49
Ungeklärt	920	616	119	13	74	10
Türkei	920	439	465	61	5	3
Somalia	646	381	18	10	217	210
Eritrea	809	795	4	1	7	7
Nigeria	128	93	2	0	31	31
Georgien	0	0	0	0	0	0
Iran	455	230	194	42	10	10
Algerien	5	1	2	1	2	2
Russische Föderation	67	53	7	1	7	7
Vietnam	0	0	0	0	0	0
Pakistan	69	58	4	3	7	5
Marokko	7	4	2	2	0	0

bis 31.8.2021	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
		Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung	
				davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung
Herkunftsländer gesamt	19.668	16.595	1.588	274	1.066	724
darunter:						
Syrien	10.464	10.096	285	42	31	10
Afghanistan	839	609	27	7	181	66
Irak	1.655	1.529	10	0	99	54
Türkei	1.245	594	625	77	5	3
Ungeklärt	1.383	890	194	20	123	19
Somalia	949	544	26	17	330	323
Eritrea	1.200	1.176	6	1	12	12
Georgien	1	0	0	0	1	1
Nigeria	174	129	3	1	39	38
Iran	617	321	254	55	13	12
Moldau	0	0	0	0	0	0
Algerien	5	1	2	1	2	2
Russische Föderation	95	73	8	1	14	7

bis 31.8.2021	Gewährung von Flüchtlingsschutz nach § 3 I AsylG					
	Familienflüchtlingsschutz nach § 26 V AsylG	staatliche Verfolgung		nichtstaatliche Verfolgung		
			davon geschlechtsspez. Verfolgung		davon geschlechtsspez. Verfolgung	
Vietnam	0	0	0	0	0	0
Pakistan	109	93	5	4	11	6

- b) Wie viele der Anerkennungen in den genannten Zeiträumen waren Schutzstatus nach § 26 AsylG für Familienangehörige bereits Anerkannter (bitte jeweils nach dem Bezugsstatus – Asylberechtigung, Flüchtlingsstatus nach der GFK bzw. subsidiärem Schutz – differenzieren), und wie viele dieser erteilten Status betrafen in Deutschland geborene Kinder (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1. Halbjahr 2021	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 I AsylG Familienschutz		§ 4 I AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	228	88	11.624	6.711	2.512	1.576
darunter:						
Syrien	46	16	6.999	4.046	1.844	1.161
Afghanistan	2	1	466	304	134	61
Irak	6	1	1.097	815	161	92
Ungeklärt	11	6	616	266	53	36
Türkei	50	15	439	123	4	2
Somalia	19	4	381	223	81	58
Eritrea	18	11	795	528	105	89
Nigeria	7	3	93	52	12	11
Georgien	0	0	0	0	2	1
Iran	15	10	230	117	18	9
Algerien	0	0	1	0	1	0
Russische Föderation	5	3	53	14	7	4
Vietnam	0	0	0	0	0	0
Pakistan	1	0	58	30	0	0
Marokko	0	0	4	4	3	1

1.1. bis 31.8.2021	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 I AsylG Familienschutz		§ 4 I AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Herkunftsländer gesamt	328	116	16.595	9.324	3.641	2.179
darunter:						
Syrien	144	23	18.109	5.625	3.763	1.595
Afghanistan	16	2	1.043	409	236	86
Irak	13	1	3.160	1.112	426	127
Türkei	199	19	1.376	174	8	4
Ungeklärt	35	6	1.388	384	117	52
Somalia	10	4	792	301	166	82
Eritrea	39	13	1.996	758	320	135
Georgien	0	0	1	0	3	1

1.1. bis 31.8. 2021	§ 26 AsylG Anerkennung		§ 3 I AsylG Familienschutz		§ 4 I AsylG Familienschutz	
		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder		davon in DE geborene Kinder
Nigeria	6	4	180	76	27	15
Iran	47	13	541	171	29	13
Moldau	0	0	0	0	0	0
Algerien	0	0	3	0	2	0
Russische Föderation	10	6	88	20	32	4
Vietnam	0	0	1	0	0	0
Pakistan	6	0	113	39	3	1

- c) Wie viele der Asylsuchenden in den genannten Zeiträumen verfügten zum Zeitpunkt der Asylantragstellung über einen rechtmäßigen Aufenthaltstitel (welchen?) oder eine Duldung (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), und wie viele Personen verfügten zuletzt über einen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten (bitte wie in der Antwort zu Frage 2c auf Bundestagsdrucksache 19/22023 differenzieren)?

Zum Stichtag 31. August 2021 waren im Ausländerzentralregister (AZR) 23.540 Personen erfasst, die im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 31. August 2021 einen Asylantrag gestellt haben, während sie einen gültigen Aufenthaltstitel oder eine gültige Duldung besaßen. 5.293 Personen verfügten zum Zeitpunkt ihrer Asylantragstellung über einen gültigen Aufenthaltstitel zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Asylantragstellung während eine gültige AE oder eine Duldung vorlagen	1. Halbjahr 2021	Von 1.1.2021 bis 31.8.2021
Gesamt	20.171	23.540
davon:		
EU-Aufenthaltsrechte	8	8
Duldungen	3.542	4.789
Aufenthaltsurlaubnis - Ausbildung	109	137
Aufenthaltsurlaubnis - Erwerbstätigkeit	26	30
Aufenthaltsurlaubnis - familiäre Gründe	6.170	7.995
Aufenthaltsurlaubnis - Besondere Aufenthaltsrechte	150	181
AERL völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	10.166	10.400

Asylantragstellung während eine gültige AE oder eine Duldung vorlagen	1. Halbjahr 2021	Von 1.1.2021 bis 31.8.2021
alle Staatsangehörigkeiten	20.171	23.540
darunter:		
Syrien	14.610	16.297
Afghanistan	798	1.194
Ungeklärt	922	1.081
Irak	557	725
Iran	341	456
Eritrea	307	402
Türkei	290	363
Somalia	282	349
Nigeria	218	292
Pakistan	215	256

Asylantragstellung während einer gültigen AE zur Familienzusammenführung mit einem Schutzberechtigten	1. Halbjahr 2021	Von 1.1.2021 bis 31.8.2021
Gesamt	4.041	5.293
davon:		
nach § 36a Absatz 1 S. 1 Var. 2 AufenthG (Kindesnachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	500	611
nach § 30 Absatz 1 S. 1 Nummer 3c Var. 4 AufenthG (Ehegattennachzug zu anerkanntem Flüchtling)	727	973
nach § 36a Absatz 1 S. 1 Var. 1 AufenthG (Ehegattennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten)	159	223
nach § 30 Absatz 1 S. 1 Nummer 3c Var. 3 AufenthG (Ehegattennachzug zu Asylberechtigtem)	17	24
nach § 32 Absatz 1 Nummer 1 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigten)	12	13
nach § 32 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigtem oder anerkanntem Flüchtling)	2.496	3.269
nach § 36a Absatz 1 S. 2 AufenthG (Elternnachzug zu minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten)	130	180

3. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die bereinigten Schutzquoten und absoluten Fallzahlen für die Herkunftsländer Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Somalia, Nigeria und die Türkei im bisherigen Jahr 2021, differenziert nach Organisationseinheiten im BAMF (bitte nur solche Organisationseinheiten mit über 50 entsprechenden Entscheidungen auflisten und nach den Quoten auf- oder absteigend sortieren; bitte wie in der Antwort zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 19/28109 auflisten)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden:

1.1. bis 31.8.2021	Afghanistan	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten	7.345	66,4 %
darunter:		
AS Bochum, LAS	144	89,7 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	124	80,4 %
AS Braunschweig	77	79,3 %
AS München	321	78,4 %
AS Schwerin im AZ	105	77,2 %
AS Oldenburg	60	76,3 %
AS Bramsche im AZ	285	75,0 %
AS Karlsruhe, LAS	81	75,0 %
AS Suhl im AZ	166	74,1 %
AS Speyer	89	72,2 %
AS Berlin, LAS	174	71,9 %
AS Büdingen	178	71,9 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	198	71,5 %
AS Friedland, LAS	67	71,2 %
AS Trier, LAS	300	70,6 %
Entscheidungszentrum West Bonn	87	70,0 %
AS Essen	96	69,6 %
AS Bielefeld im AZ	128	68,6 %

1.1. bis 31.8.2021	Afghanistan	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF
AS Unna im AZ	100	66,7 %
AS Mönchengladbach im AZ	131	65,2 %
AS Leipzig im AZ	52	64,9 %
AS Hamburg im AZ, LAS	373	63,5 %
AS Neumünster, LAS	346	63,3 %
AS Bremen im AZ, LAS	90	63,2 %
AS Bonn im AZ	132	62,9 %
AS Düsseldorf	70	62,1 %
AS Heidelberg im AZ	168	57,3 %
AS Gießen im AZ, LAS	419	53,8 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	264	52,4 %
AS Berlin im AZ	139	35,9 %
AS Manching in AnKER	140	29,0 %

1.1. bis 31.8.2021	Irak	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten	7.078	47,6 %
darunter:		
AS München	115	78,6 %
AS Oldenburg	139	77,1 %
AS Karlsruhe, LAS	136	75,2 %
AS Braunschweig	250	68,8 %
AS Bochum, LAS	208	66,2 %
AS Sigmaringen	81	64,9 %
AS Düsseldorf	112	62,1 %
AS Hamburg im AZ, LAS	129	61,9 %
AS Bielefeld im AZ	333	61,4 %
AS Essen	209	61,0 %
AS Bonn im AZ	388	60,9 %
AS Unna im AZ	186	58,2 %
AS Friedland, LAS	118	57,0 %
Entscheidungszentrum West Bonn	146	50,4 %
AS Berlin, LAS	104	49,4 %
AS Gießen im AZ, LAS	191	49,4 %
AS Bramsche im AZ	364	46,6 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	104	41,5 %
AS Zirndorf in AnKER	140	40,4 %
AS Mönchengladbach im AZ	197	39,4 %
AS Trier, LAS	141	30,1 %
AS Suhl im AZ	133	29,6 %
AS Augsburg in AnKER	154	27,7 %
AS Bad Fallingb. im AZ	128	26,4 %
AS Schwerin im AZ	71	26,1 %
AS Regensburg in AnKER	161	24,6 %
AS Bamberg in AnKER	109	23,5 %
AS Neumünster, LAS	453	22,3 %

1.1. bis 31.8.2021	Irak	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung Ablehnungen des BAMF
AS Eisenhüttenstadt, LAS	85	22,2 %
AS Heidelberg im AZ	247	19,5 %
AS Dresden in AnKER	103	18,7 %

1.1. bis 31.8.2021	Iran	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.018	35,7 %
darunter:		
AS Braunschweig	53	74,4 %
AS Bochum, LAS	84	58,3 %
AS Düsseldorf	90	53,6 %
AS Berlin, LAS	58	52,3 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	54	50,0 %
AS Bremen im AZ, LAS	60	48,1 %
AS Gießen im AZ, LAS	191	45,8 %
AS Unna im AZ	70	43,3 %
AS Essen	85	43,1 %
AS Suhl im AZ	53	40,8 %
AS Heidelberg im AZ	87	39,7 %
AS Trier, LAS	149	33,8 %
AS Zirndorf in AnKER	123	33,8 %
AS Hamburg im AZ, LAS	152	29,8 %
AS Nostorf-Horst, LAS	65	28,8 %
AS Bramsche im AZ	158	27,6 %
AS Bonn im AZ	180	26,8 %
AS Neumünster, LAS	151	25,9 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	64	24,1 %
AS Mönchengladbach im AZ	143	23,4 %
AS Bielefeld im AZ	114	21,3 %
AS Bamberg in AnKER	84	19,6 %
AS Berlin im AZ	52	4,4 %

1.1. bis 31.8.2021	Eritrea	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten	1.981	93,0 %
darunter:		
AS Bünden	150	99,3 %
AS Hamburg im AZ, LAS	140	98,4 %
AS Bonn im AZ	74	95,9 %
AS Neumünster, LAS	104	93,9 %
AS Trier, LAS	55	92,3 %
AS Bielefeld im AZ	84	90,4 %
AS Gießen im AZ, LAS	231	90,3 %
AS München	52	87,8 %
AS Bochum, LAS	60	86,0 %

1.1. bis 31.8.2021	Somalia	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten	2.250	80,0 %
darunter:		
AS Bünden	60	94,3 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	65	91,7 %
AS Bielefeld im AZ	76	90,8 %
AS München	106	89,7 %
AS Gießen im AZ, LAS	250	83,7 %
AS Neumünster, LAS	57	79,6 %
AS Trier, LAS	170	78,6 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	75	65,9 %
AS Schweinfurt in AnKER	138	65,6 %
AS Heidelberg im AZ	73	64,8 %
Entscheidungszentrum West Bonn	59	60,4 %

1.1. bis 31.8.2021	Nigeria	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten	3.854	16,1 %
darunter:		
AS Bochum, LAS	98	42,7 %
Entscheidungszentrum West Bonn	124	37,6 %
AS Bielefeld im AZ	107	31,3 %
AS Regensburg in AnKER	69	26,8 %
AS Essen	69	24,0 %
AS Unna im AZ	76	22,1 %
AS Bonn im AZ	101	21,8 %
AS Gießen im AZ, LAS	89	20,0 %
AS Karlsruhe, LAS	96	19,7 %
AS Sigmaringen	74	19,7 %
AS München	475	18,1 %
AS Augsburg in AnKER	103	12,1 %

1.1. bis 31.8.2021	Nigeria	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF
AS Deggendorf in AnKER	100	9,4 %
AS Leipzig im AZ	62	8,5 %
AS Heidelberg im AZ	617	6,5 %
AS Mönchengladbach im AZ	105	5,7 %
AS Zirndorf in AnKER	76	1,8 %
AS Trier, LAS	173	1,5 %
AS Suhl im AZ	63	0,0 %

1.1. bis 31.8.2021	Türkei	
	Gesamt	Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF
Organisationseinheiten	4.325	39,3 %
darunter:		
AS Speyer	71	63,2 %
AS Düsseldorf	79	62,7 %
AS München	147	58,8 %
AS Trier, LAS	229	57,2 %
AS Büdingen	87	51,9 %
AS Bielefeld im AZ	124	51,3 %
AS Essen	58	50,0 %
AS Bochum, LAS	173	49,3 %
AS Unna im AZ	88	48,1 %
AS Heidelberg im AZ	325	47,0 %
AS Gießen im AZ, LAS	434	46,0 %
AS Augsburg in AnKER	139	45,7 %
AS Bonn im AZ	166	43,9 %
AS Karlsruhe, LAS	88	42,9 %
AS Bramsche im AZ	98	41,8 %
AS Mönchengladbach im AZ	123	38,0 %
AS Suhl im AZ	113	37,8 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	69	37,5 %
AS Neumünster, LAS	153	36,0 %
AS Zirndorf in AnKER	95	34,9 %
AS Sigmaringen	75	26,4 %
AS Friedland, LAS	67	21,6 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	82	19,7 %
AS Bad Fallingb. im AZ	115	17,3 %
AS Dresden in AnKER	106	16,5 %
AS Nostorf-Horst, LAS	51	15,9 %
AS Berlin, LAS	254	14,5 %
AS Bremen im AZ, LAS	85	13,0 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	105	12,4 %
AS Hamburg im AZ, LAS	107	5,7 %

4. a) Welche Organisationseinheiten des BAMF (bitte genau bezeichnen) wurden im zweiten Halbjahr 2020 bzw. im ersten Halbjahr 2021 wegen signifikant negativer oder signifikant positiver (bitte getrennt darstellen) Abweichungen bei den (bereinigten) Schutzquoten um Stellungnahme gebeten, und welche Abweichungen in Bezug auf welche Herkunftsländer waren dies (bitte genauer bezeichnen und in Tabellenform darstellen wie in der Antwort zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 19/22023)?
- b) Welche Erklärungen wurden von den jeweiligen Organisationseinheiten für die signifikanten Abweichungen gegeben (bitte ausführen), und inwieweit wurden diese Erklärungen vom BAMF als nachvollziehbar bewertet, bzw. welche Schlussfolgerungen wurden hieraus gegebenenfalls gezogen (bitte ausführen)?

Die Fragen 4a und 4b werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Überprüfung der Entscheidungspraxis der Außenstellen des BAMF für das zweite Halbjahr 2020 ist noch nicht abgeschlossen. Hinsichtlich dieses Zeitraums wurde seitens der Organisationseinheiten (OrgE) als Hauptursache für eine Abweichung der lokalen Schutzquoten von der Gesamtschutzquote ohne Berücksichtigung formeller Ablehnungen des BAMF die Verteilung der Verfahren benannt. Die Entscheidungspraxis der Außenstellen des BAMF für das erste Halbjahr 2021 wird gegenwärtig überprüft. Maßgebliche Auswirkungen auf die lokale Schutzquote haben somit Verfahren, in denen eine Ableitung des Schutzes im Rahmen von Familienasyl, abgeleitetem Flüchtlingsschutz/bzw. abgeleitetem subsidiären Schutz in Betracht kommt. Ebenfalls sind persönliche Merkmale der Antragstellenden (Ethnie, Volkszugehörigkeit, Familienstand, Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit sowie Herkunftsregion je nach Herkunftsland) maßgebend. Die im Rahmen der Plausibilisierungsanfragen ergangenen Stellungnahmen der OrgE werden erneut einer systematischen Überprüfung unterzogen. Dabei wird die Plausibilität der abgegebenen Stellungnahmen unter Berücksichtigung der bundesweiten Entscheidungspraxis sowie der aktuellen bzw. zum Zeitpunkt der Entscheidung gültigen Leitsätze zu den jeweiligen Herkunftsländern betrachtet. Die Rückmeldungen der OrgE zu den Plausibilisierungsanfragen für den Betrachtungszeitraum des ersten Halbjahres 2021 stehen noch aus.

5. Wurde die ablehnende Entscheidung in dem in Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 19/28109 geschilderten Asylverfahren eines iranischen Konvertiten vom BAMF im Nachhinein noch einmal überprüft und gegebenenfalls abgeändert vor dem Hintergrund, dass diese Entscheidung nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller unter Verstoß gegen die Dienstanweisung zur Einheit von Anhörer und Entscheider getroffen wurde und die ablehnende Begründung einer angeblich mangelnden Glaubwürdigkeit ihnen auch aus diesem Grunde fragwürdig erscheint (die genannte Frage 8 wurde nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller von der Bundesregierung nicht beantwortet, weil lediglich Ausführungen zum Asylverfahren im Allgemeinen, nicht aber zum konkret benannten Fall gemacht wurden)?

Das BAMF kann hierzu keine Angaben machen. Ohne die Angabe von Aktenzeichen oder anderen Angaben zur betroffenen Person kann nicht nachvollzogen werden, auf welches Verfahren sich die Fragestellerinnen und Fragesteller beziehen.

6. Welche weiteren konkreten Bemühungen, Gespräche oder Maßnahmen hat es seit März 2021 gegeben, um die Vorgabe des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, in Bezug auf Abschiebungen nach Syrien umzusetzen, „ab 1. Januar 2021 jeden einzelnen Fall genau“ zu prüfen und zu „versuchen, eine Abschiebung zu ermöglichen“ (vgl. Der Spiegel vom 27. Dezember 2020; bitte so differenziert wie möglich darlegen)?

Nach Beendigung des Abschiebungsstopps nach Syrien Ende 2020 initiierte der Präsident des BAMF im Rahmen der 9. Bund-Länder-Tagung Asyl und Rückkehr (BLTAR) am 10. März 2021 einen Prüfprozess zur Rückkehr nach Syrien. Der Prüfprozess dauert an. Der Sachverhalt wurde im Rahmen der 10. Bund-Länder-Tagung Asyl und Rückkehr am 9. Juni 2021 und der 11. Bund-Länder-Tagung Asyl und Rückkehr am 22. September 2021 erörtert. Darüber hinaus wird die Situation in Syrien durch das BAMF ständig beobachtet und im Rahmen seiner asylrechtlichen Zuständigkeit in den entsprechenden Steuerungsinstrumenten, insbesondere den Herkunftsländerleitsätzen Syrien, berücksichtigt. Dies beinhaltet auch Lageentwicklungen mit eventuellen Auswirkungen auf die Rückführungspraxis.

7. a) Was hat die Prüfung zu den Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 14. Januar 2021 in der Rechtssache C-441/19 zur Unzulässigkeit von Rückkehrentscheidungen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen mit ungeklärten Aufnahmemöglichkeiten im Rückkehrstaat ergeben (vgl. Antwort zu Frage 11 auf Bundestagsdrucksache 19/28109; bitte so genau wie möglich die gezogenen Schlussfolgerungen und Änderungen im Verfahren darstellen), und inwieweit wird bislang bzw. derzeit bei minderjährigen unbegleiteten Asylsuchenden im Asylverfahren vor Erlass einer Abschiebungsandrohung geprüft, ob es geeignete Aufnahmemöglichkeiten im Rückkehrstaat gibt (hierzu fehlte eine Antwort zu Frage 11 auf Bundestagsdrucksache 19/28109)?
- b) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es mit dem Kindeswohl und dem genannten EuGH-Urteil vereinbar ist, unbegleitete Minderjährige im Falle der Ablehnung eines Schutzes trotz ungeklärter Lage im Rückkehrstaat bis zur Volljährigkeit lediglich zu dulden (bitte begründen)?

Die Fragen 7a und 7b werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Mit Urteil vom 14. Januar 2021 in der Rechtssache C-441/19 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Hinblick auf die Rückkehrentscheidungen gegenüber unbegleiteten Minderjährigen entschieden, dass in Fällen, in denen der Asylantrag abgelehnt wird, vor Erlass einer Rückkehrentscheidung zusätzlich eine konkret-individuelle Untersuchung durchgeführt werden muss, ob eine geeignete Aufnahmemöglichkeit für den unbegleiteten Minderjährigen im Rückkehrstaat vorhanden ist. Sofern nach deutschem Recht auch die Voraussetzungen der nationalen Abschiebungsverbote nicht vorliegen, führt BAMF als Folge des Urteils eine Intensivierung der Sachverhaltsaufklärung im Hinblick auf die Prüfung von Aufnahmemöglichkeiten für unbegleitete Minderjährige im Rückkehrstaat durch. Die geltende Rechtslage sieht vor, dass Ausländer altersunabhängig eine Duldung erhalten, wenn keine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird und solange die Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist.

8. Hat das BAMF seine ablehnende Entscheidung in dem Fall Mochmad A., der mutmaßlich im Auftrag des tschetschenischen Regimes in Deutschland ermordet werden sollte, dessen Gefährdung nach Angaben seiner Anwältin zuvor jedoch vom BAMF als „Lüge“ eingestuft worden sein soll (<https://www.tagesschau.de/investigativ/mdr/mordauftrag-tschetschenien-101.html>), inzwischen geändert (wenn nein, warum nicht?), und inwieweit gibt es im Umgang mit verfolgten tschetschenischen Flüchtlingen im BAMF (vgl. auch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/14082) womöglich Qualitätsmängel, da bereits der im Berliner Tiergarten ermordete Selimchan Changoschwili vom BAMF zuvor – offenkundig fälschlich – abgelehnt worden war (https://de.wikipedia.org/wiki/Mordfall_Selimchan_Changoschwili; bitte ausführen)?

Die Antwort kann nicht offen, sondern nur eingestuft übermittelt werden. Der parlamentarische Informationsanspruch ist zwar grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt. Die Bundesregierung ist jedoch nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass eine offene Beantwortung der Frage einen unverhältnismäßigen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 2 Absatz 2 i. V. m. Artikel 1 des Grundgesetzes (GG) darstellen würde, da hierdurch Rückschlüsse auf die Identität einer bestimmten Person möglich sein könnten. Das Grundrecht gewährt seinen Trägern u. a. Schutz gegen die Weitergabe der auf sie bezogenen, individualisierten oder individualisierbaren Daten (BVerfGE 103, 21, 33). Darüber hinaus ist aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen eine für die Öffentlichkeit einsehbare Antwort nicht möglich. Die Antwort auf diese Frage ist daher als Verschlussache mit dem Geheimhaltungsgrad „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und wird dem Deutschen Bundestag gesondert übermittelt.*

9. a) Welche Konsequenzen wurden im BAMF gezogen aus dem EuGH-Urteil C-901/19 vom 10. Juni 2021, mit dem eine langjährige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts als mit EU-Recht unvereinbar erklärt wurde (Verweigerung subsidiären Schutzes bei Unterschreitung einer rechnerischen „Todesquote“; vgl. Asylmagazin 7-8/2021, S. 284 ff. mit Anmerkungen von Johanna Mantel; bitte ausführen)?
- b) Wurden entsprechende Dienstanweisungen oder Herkunftsländerleitsätze geändert (wenn ja, bitte auflisten und die bisherige und geänderte Praxis bzw. Weisungslage darstellen, wenn nein, warum nicht)?
- c) In Bezug auf welche Herkunftsländer hatte das BAMF mit Verweis auf die vom EuGH verworfene Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts subsidiären oder Abschiebungsschutz verweigert, in welchen Herkunftsländerleitsätzen oder Dienstanweisungen wurde entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) argumentiert oder darauf explizit Bezug genommen (bitte auflisten)?
- d) Wird es Überprüfungen, Korrekturen und gegebenenfalls Aufhebungen von BAMF-Bescheiden geben, die auf der verworfenen Rechtsprechung des BVerwG basieren (zumindest in anhängigen Gerichtsverfahren), und wie geht das BAMF mit Folgeanträgen um, die sich auf das genannte Urteil des EuGH beziehen (bitte darstellen)?

Die Fragen 9a bis 9d werden wegen ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

* Das Auswärtige Amt hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

Die Dienstanweisung des BAMF (DA-Asyl) sah bereits vor dem o. g. EuGH-Urteil vor, dass neben einer quantitativen Ermittlung des Tötungs- und Verletzungsrisikos auch eine wertende Gesamtschau vorzunehmen ist. Darüber hinaus wurde das o. g. Urteil des EuGH in den internen Arbeitsanweisungen des BAMF umgesetzt, insbesondere wurden die vom EuGH formulierten Kriterien klarstellend aufgenommen.

Die Regelungen in der DA-Asyl sind stets Grundlage der jeweiligen Herkunftsländerleitsätze, sodass die vom EuGH formulierten Kriterien auch bei den einschlägigen Herkunftsländerleitsätzen berücksichtigt werden.

Folgende Herkunftsländer, bei denen ein hohes Gewaltniveau in dortigen bewaffneten Konflikten bestand und die bereits mit einer relevanten Wahrscheinlichkeit eine Schutzgewährung i. S. v. § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 AsylG vorsahen, wurden identifiziert: Äthiopien, Afghanistan, Irak, Jemen, Libanon, Libyen, Nigeria, Somalia, Sudan und Syrien. Die Bewertung anhand der EuGH-Kriterien erfordert eine vertiefte Recherche im Hinblick auf die als Grundlage dienenden Herkunftsländerinformationen, so dass der Umsetzungsprozess im BAMF noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Das BAMF geht aber davon aus, dass auch die Anwendung der vom EuGH formulierten Kriterien nicht zu einer wesentlichen Änderung der Entscheidungspraxis des BAMF i. S. v. § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 AsylG führen wird, da bereits zuvor stets eine wertende Gesamtschau im Zusammenhang mit konfliktbedingten Gefahren vorzunehmen war.

In anhängigen Gerichtsverfahren kann die EuGH-Rechtsprechung insofern Berücksichtigung finden, als gemäß § 77 Absatz 1 AsylG auf die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung bzw. den Zeitpunkt, in dem die Entscheidung gefällt wird, abgestellt wird.

Soweit Folgeanträge allein auf die Rechtsprechung des EuGH gestützt werden, stellt dies nach Ansicht des BAMF keine Änderung der Rechtslage im Sinne des § 71 Absatz 1 Satz 1 AsylG i. V. m. § 51 Absatz 1 Nummer 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) dar, da hierunter nur Änderungen des materiellen Rechts zu verstehen sind.

10. a) Welche Konsequenzen werden oder wurden im BAMF aus den geänderten Verhältnissen in Afghanistan für die Asylentscheidungspraxis gezogen (bitte im Einzelnen mit Daten auflisten)?

Das BAMF verfolgt die Entwicklungen in Afghanistan sehr genau. Da noch keine hinreichend belastbaren Erkenntnisse zur aktuellen Situation und den zu erwartenden künftigen Entwicklungen vorliegen, hat das BAMF Entscheidungen zu Afghanistan aktuell zurückpriorisiert. Ausgenommen sind Verfahren, in denen internationaler Schutz bereits auf Grundlage der aktuellen Herkunftsländerleitsätze zuzuerkennen ist. Im Übrigen gilt, dass grundsätzlich Entscheidungen ergehen können, bei denen die Situation in Afghanistan nicht entscheidungserheblich ist.

- b) Werden bisherige Entscheidungen, insbesondere Ablehnungen, von Amts wegen überprüft und gegebenenfalls abgeändert, zumindest in anhängigen Gerichtsverfahren (bitte begründen)?

Eine pauschale Überprüfung bzw. Abänderung aller bisherigen ablehnenden Entscheidungen zum Herkunftsland Afghanistan wird vom BAMF nicht vorgesehen. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 10a verwiesen.

- c) Inwieweit bzw. für welche Gruppen zieht die Machtübernahme durch die Taliban die Gewährung von Flüchtlingsschutz nach sich, ohne dass es auf weitere individuelle Fluchtgründe ankommt (bitte ausführen)?

Asylanträge von afghanischen Staatsangehörigen werden weiterhin individuell unter Berücksichtigung der Umstände des jeweiligen Einzelfalls geprüft.

- d) Wie wird mit Folgeanträgen umgegangen, die auf die geänderte Lage in Afghanistan Bezug nehmen (bitte ausführen)?

Das BAMF geht derzeit von einer veränderten Sachlage i. S. v. § 51 Absatz 1 Nummer 1 VwVfG aus und prüft im Übrigen die Zulässigkeit gestellter Folgeanträge. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 10a verwiesen.

- e) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass ein Entscheidungsstopp nicht mehr gerechtfertigt ist, nachdem sich die Taliban in Afghanistan als neue Machthaber auf mutmaßlich zunächst unabsehbare Zeit durchgesetzt haben und Flüchtlinge aus Afghanistan vor diesem Hintergrund mehr denn je einen Schutzstatus benötigen, zumal Zusicherungen der Taliban in Bezug auf ein angeblich gemäßigtes Vorgehen nach allgemeiner Einschätzung als wenig belastbar angesehen werden können (bitte begründen)?

Eine abgestimmte Position der Bundesregierung im Sinne der Fragestellung liegt nicht vor. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) teilt die Auffassung nicht. Für die Begründung wird auf die Antwort zu Frage 10a verwiesen.

11. a) Wird das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gegenüber den Bundesländern anregen (oder gegebenenfalls entsprechende Initiativen der Länder begrüßen), dass an vollziehbar ausreisepflichtige, geduldete afghanische Staatsangehörige Aufenthaltserlaubnisse nach § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes erteilt werden sollen, insbesondere wenn diese bereits seit mehr als 18 Monaten geduldet werden, da ihre Ausreise in absehbarer Zeit nicht möglich ist, und falls nein, warum nicht?

Das BMI beabsichtigt derzeit kein Schreiben an die Länder im Sinne der Frage. Für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 5 AufenthG sieht das Gesetz Tatbestandsvoraussetzungen vor, die im Einzelfall zu prüfen sind. Die Anwendung des Aufenthaltsgesetzes obliegt nach der Zuweisung des Grundgesetzes den Ländern.

- b) Welche näheren Angaben kann die Bundesregierung dazu machen, wie viele ausreisepflichtige afghanische Staatsangehörige sich derzeit in Deutschland aufhalten, wie viele von ihnen geduldet werden und wie viele von ihnen seit mehr als 18 Monaten geduldet werden (bitte jeweils auch nach Bundesländern differenziert angeben)?

Zum Stichtag 31. August 2021 waren im AZR 29.960 ausreisepflichtige afghanische Staatsangehörige registriert, davon 27.304 mit einer Duldung. Wie viele von ihnen seit mehr als 18 Monaten geduldet waren, kann aus den Daten des AZR nicht belastbar ermittelt werden. Weitere Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Anzahl ausreisepflichtigen afghanischen Staatsangehörigen	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Summe
Gesamt	27.304	2.656	29.960
davon:			
Baden-Württemberg	3.316	130	3.446
Bayern	3.235	605	3.840
Berlin	1.402	175	1.577
Brandenburg	560	79	639
Bremen	93	36	129
Hamburg	1.040	170	1.210
Hessen	3.198	270	3.468
Mecklenburg-Vorpommern	448	40	488
Niedersachsen	1.998	202	2.200
Nordrhein-Westfalen	4.142	293	4.435
Rheinland-Pfalz	2.579	180	2.759
Saarland	102	8	110
Sachsen	1.137	155	1.292
Sachsen-Anhalt	419	52	471
Schleswig-Holstein	2.793	212	3.005
Thüringen	842	49	891

12. Wie viele Asylsuchende wurden im Jahr 2021 bislang registriert (bitte nach Monaten auflisten und der Zahl der gestellten Asylerstanträge in den jeweiligen Monaten gegenüberstellen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Monat	Asylgesuche*	Asylerstanträge*
Januar 2021	7.820	8.524
Februar 2021	8.189	7.577
März 2021	10.069	9.503
April 2021	10.386	8.069
Mai 2021	8.949	8.278
Juni 2021	11.708	10.282
Juli 2021	13.336	12.193
August 2021	14.024	11.847

*Anmerkung: Aufgrund nachträglicher Änderungen können die Monatswerte nicht zu einem Gesamtwert addiert werden.

13. Zu wie vielen asylsuchenden Personen wurde im bisherigen Jahr 2021 nach Angaben des Ausländerzentralregisters eine Ausreise registriert, obwohl noch kein Abschluss des Asylverfahrens erfasst war (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Bundesländern differenzieren)?

Zum Stichtag 31. August 2021 waren im AZR 3.811 Personen erfasst, bei denen im ersten Halbjahr 2021 eine Ausreise registriert wurde, obwohl noch kein Abschluss ihres Asylverfahrens erfasst war. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeiten	1. Halbjahr 2021
gesamt	3.811
darunter:	
Georgien	376
Nigeria	277
Moldau	222
Irak	211
Afghanistan	204
Algerien	198
Syrien	173
Pakistan	158
Türkei	137
Albanien	122
Somalia	117
Marokko	117
Serbien	112
Russische Föderation	102
Guinea	92

nach Land	1. Halbjahr 2021
gesamt	3.811
davon:	
Baden-Württemberg	310
Bayern	892
Berlin	316
Brandenburg	154
Bremen	16
Hamburg	73
Hessen	282
Mecklenburg-Vorpommern	85
Niedersachsen	315
Nordrhein-Westfalen	671
Rheinland-Pfalz	213
Saarland	5
Sachsen	226
Sachsen-Anhalt	64
Schleswig-Holstein	83
Thüringen	106

14. Zu welchem Anteil und in welcher Zahl verfügten Asylsuchende im bisherigen Jahr 2021 über keine Identitätspapiere (Reisepässe, Ausweise, sonstiges), mit denen ihre Herkunft bzw. Identität nach Auffassung des BAMF hinreichend sicher zu klären war (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Vorlage von Identitätspapieren durch Erstantragstellende im Alter ab 18 Jahren bis 31.8.2021				
Staatsangehörigkeiten	Anzahl der Erstantragsteller	Anzahl der Antragsteller mit Identitätspapieren*	Anzahl der Antragsteller ohne Identitätspapiere*	Anteil der Antragsteller ohne Identitätspapiere*
Gesamt	39.703	19.175	20.528	51,7 %
darunter:				
Syrien	14.129	9.085	5.044	35,7 %
Afghanistan	6.159	1.819	4.340	70,5 %
Irak	3.070	1.829	1.241	40,4 %
Türkei	2.561	1.664	897	35,0 %
Ungeklärt	1.428	735	693	48,5 %
Somalia	1.015	52	963	94,9 %
Eritrea	383	149	234	61,1 %
Georgien	1.434	815	619	43,2 %
Nigeria	557	40	517	92,8 %
Iran	814	263	551	67,7 %
Moldau	635	332	303	47,7 %
Algerien	827	29	798	96,5 %
Russische Föderation	336	95	241	71,7 %
Vietnam	689	509	180	26,1 %
Pakistan	430	65	365	84,9 %

* Pass, Passersatz, Personalausweis

15. In wie vielen Fällen wurden im bisherigen Jahr 2021 mobile Datenträger von Asylsuchenden ausgelesen und ein Ergebnisprotokoll erstellt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern auflisten)?

Im bisherigen Jahr 2021 wurden insgesamt 7.494 Datenträger von persönlichen Erstantragstellerinnen und Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz freiwillig ausgelesen. Differenzierte Angaben nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zeitraum	Anzahl an Datenträgern
1.1. bis 31.8.2021	7.494
Staatsangehörigkeit	1.1. bis 31.8.2021*
Afghanistan	1.644
Syrien	1.533
Irak	378
Ungeklärt	248
Algerien	228
Türkei	189
Somalia	188
Georgien	171
Iran	160
Marokko	153

* Durch nachträgliche Änderungen im Erfassungssystem, wie z. B. die Einreichung von Pass/Passersatz-Dokumenten, kann es zu Abweichungen der Daten im Vgl. zu vorherigen Angaben kommen. Es werden diejenigen Fälle ausgewertet, bei denen aus Prozesssicht alle erforderlichen Angaben im Kerndatensystem korrekt und valide hinterlegt sind.

- a) Zu welchem Anteil verfügten im bisherigen Jahr 2021 Asylsuchende, deren Identität bzw. Herkunft nach Auffassung des BAMF nicht hinreichend sicher durch Dokumente geklärt werden konnte, über mobile Datenträgergeräte, zu welchem Anteil konnten diese technisch ausgelesen werden, und in wie vielen Fällen erfolgte bislang eine Auslesung erst nach behördlichen Androhungen oder durch Zwang bzw. gegen den Willen der Betroffenen (bitte so konkret wie möglich antworten)?

Im bisherigen Jahr 2021 gaben ca. 21 Prozent der persönlichen Erstantragstellenden ohne Pass/Passersatz an, dass sie über ein Datenträger-Gerät verfügen. Zu einem Anteil von ca. 77 Prozent konnten die Datenträger-Geräte technisch ausgelesen werden. Antragstellende werden unter Hinweis auf ihre Mitwirkungspflichten aufgefordert, vorhandene Datenträger herauszugeben. Zwangsmaßnahmen wurden bisher nicht angedroht oder durchgeführt.

- b) In wie vielen der Fälle, in denen eine Datenauslesung im bisherigen Jahr 2021 erfolgte und ein Ergebnisreport erstellt wurde, wurde dieser für das Asylverfahren durch die jeweiligen Entscheider angefordert, in wie vielen dieser Fälle wurde diesem Antrag nach entsprechender Prüfung durch einen Volljuristen entsprochen bzw. erfolgte eine Ablehnung (bitte so differenziert wie möglich und in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Im bisherigen Jahr 2021 wurden zu den insgesamt 7.494 ausgelesenen Datenträgern von persönlichen Erstantragstellenden ohne Pass/Passersatz 2.488 Datenträger-Auswertungsanträge gestellt. Davon wurden bisher 1.860 Datenträger-Auswertungen freigegeben. Die individuellen Gründe für entsprechende Ablehnungen werden statistisch nicht erfasst.

- c) In wie vielen dieser Fälle, in denen der Ergebnisreport der Datenauslesung für das Asylverfahren verwandt wurde, hat dieser dazu geführt oder maßgeblich dazu beigetragen, Angaben der Asylsuchenden zu ihrer Herkunft bzw. Identität bzw. Staatsangehörigkeit zu widerlegen bzw. zu bestätigen (bitte ausführen und in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Im bisherigen Jahr 2021 führte die Ergebnisdokumentation der Datenträger von persönlichen Erstantragstellerinnen und Erstantragstellern ohne Pass/Passersatz dazu, dass bei ungefähr 29 Prozent die Identität der Antragstellenden bestätigt und bei ungefähr 3 Prozent die Identität widerlegt werden konnte. In ca. 68 Prozent der Fälle konnten keine verwertbaren Erkenntnisse aus der Ergebnisdokumentation gewonnen werden.

Hierbei ist anzumerken, dass eine Verifikation der Identität ggf. genauso ein für das Asylverfahren zielführendes Ergebnis darstellt wie das Widerlegen von Aussagen zur Identität.

Zum Stichtag 31. August 2021 waren für die 1.860 freigegebenen Datenträger-Auswertungen insgesamt 1.790 Ergebnisdokumentationen hinterlegt. Die Anzahl der Ergebnisdokumentation wird als Bezugsgröße für die oben genannten Prozentsätze herangezogen. Daraus ergibt sich die folgende Darstellung (Gesamt 1.790):

- 29,4 Prozent (526) Identität der Antragssteller bestätigt,
- 2,9 Prozent (52) Identität widerlegt,
- 67,7 Prozent (1.212) keine verwertbaren Erkenntnisse.

- d) Welche konkreten Schlussfolgerungen wurden bislang aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) Berlin vom 1. Juni 2021 (9 K 135/20.A; <https://www.asyl.net/rsdb/m29743/>) gezogen, mit dem die Mobiltelefonauswertungspraxis des BAMF als rechtswidriger und unverhältnismäßiger Eingriff in das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme gewertet wurde (bitte genau auflisten; auf die vom Gericht kritisierte Praxis zielte bereits die Frage 12 auf Bundestagsdrucksache 19/4961 ab)?

Das BAMF hat gegen das zitierte Urteil des VG Berlin Sprungrevision beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Die Bundesregierung äußert sich grundsätzlich nicht zu laufenden Gerichtsverfahren.

16. Wie viele Asylanträge wurden im ersten Halbjahr 2021 bzw. im bisherigen Jahr 2021 nach § 14a Absatz 2 des Asylgesetzes von Amts wegen für hier geborene (oder eingereiste) Kinder gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von Kindern bzw. für Kinder unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt (bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge sowie die Gesamtzahl der Anträge unter 18-Jähriger und sich überschneidende Teilmengen angeben), und wie hoch waren die jeweiligen (auch bereinigten) Gesamtschutzquoten für die genannten Gruppen?

Die Gesamtschutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im ersten Halbjahr 2021 bei 79,2 Prozent (1. Januar bis 31. August: 81,5 Prozent), bei Unbegleiteten im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 54,7 Prozent (1. Januar bis 31. August: 57,5 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 63,4 Prozent (1. Januar bis 31. August: 64,8 Prozent).

Die Gesamtschutzquote unter Außerachtlassung formeller Ablehnungen des BAMF bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren lag im ersten Halbjahr 2021 bei 87,0 Prozent (1. Januar bis 31. August: 88,1 Prozent), bei unbegleiteten Minderjährigen im Alter von 16 bis unter 18 Jahren bei 61,4 Prozent (1. Januar bis 31. August: 65,6 Prozent) und bei allen Personen unter 18 Jahren bei 76,6 Prozent (1. Januar bis 31. August: 77,7 Prozent).

Die weiteren Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden. Teilmengen sind eingerückt zur beinhaltenden Menge angegeben.

	1. Halbjahr 2021	
	absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt		
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	31.975	54,3 %
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	29.648	50,3 %
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	467	0,8 %
Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylG	3.284	5,6 %
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	2.327	3,9 %
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	958	1,6 %
Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylG	18	0,0 %

	bis 31.8.2021	
	absolut	Verhältnis zu Asyl- erstanträgen gesamt
Asylerstanträge gesamt	85.230	
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 18 Jahre insgesamt	45.527	53,4 %
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	42.252	49,6 %
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	529	0,6 %
Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylG	4.380	5,1 %
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	3.275	3,8 %
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	1.290	1,5 %
Anträge gemäß § 14a Absatz 2 AsylG	28	0,0 %

17. Wie viele der Asylsuchenden im bisherigen Jahr 2021 waren sogenannte „Nachgeborene“, d. h. hier geborene Kinder von Asylsuchenden oder Flüchtlingen (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

17.493 Asylsuchende im bisherigen Jahr 2021 (Januar bis August 2021) waren so genannte „Nachgeborene“, d. h. in Deutschland geborene Kinder (und zum Zeitpunkt der Asylantragstellung unter einem Jahr alt), davon 2.971 Kinder von Asylsuchenden und 5.863 von anerkannten Flüchtlingen (Artikel 16a GG und § 3 Absatz 1 AsylG).

Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

bis 31.8.2021	Absolut	Verhältnis zu Asylerstanträgen gesamt
Gesamt	17.493	20,5 %
darunter:		
Syrien	7.848	21,7 %
Afghanistan	1.226	9,8 %
Irak	1.728	24,4 %
Türkei	400	10,9 %
Ungeklärt	654	21,0 %
Somalia	721	30,4 %
Eritrea	1.051	51,8 %
Georgien	91	4,8 %
Nigeria	1.015	57,3 %
Iran	366	25,3 %

18. Welche Asylentscheidungen ergingen bei unbegleiteten Minderjährigen im bisherigen Jahr 2021 (bitte nach verschiedenen Schutzstatus und wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

1.1. bis 31.8.2021	Entscheidungen über Erstanträge				
	Gesamt	Anerkennung als Asylberechtigter (Artikel 16a GG u. Fam.Asyl)	Anerkennung als Flüchtling gemäß § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG
Herkunftsländer gesamt	831	4	53	331	167
darunter:					
Afghanistan	276	-	28	27	107
Syrien	302	2	6	283	-
Somalia	36	-	9	7	10
Guinea	32	-	2	1	7
Irak	50	-	-	-	15
Marokko	6	-	-	-	-
Pakistan	6	-	-	1	4
Türkei	6	-	-	1	-
Iran	12	1	3	2	-
Ungeklärt	9	-	1	3	2
Eritrea	9	1	1	1	4
Algerien	12	-	-	-	-
Gambia	10	-	-	-	2
Äthiopien	3	-	1	-	1
Côte d'Ivoire	3	-	1	-	1

19. Wie viele unbegleitete Minderjährige wurden im bisherigen Jahr 2021 an welchen Grenzen durch die Bundespolizei aufgegriffen, wie viele von ihnen wurden an die Jugendämter übergeben, wie viele von ihnen wurden zurückgewiesen oder zurückgeschoben (bitte nach den fünf wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben für das erste Halbjahr 2021 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Verbleib		Zurückschiebung	Zurückweisung	Übergabe ans Jugendamt	Gesamt
Grenzart	Grenze zu	Anzahl Personen			
Landgrenze	Belgien	1	-	51	54
	Dänemark	-	-	13	17
	Frankreich	35	2	66	130
	Luxemburg	-	-	15	18
	Niederlande	14	1	22	45
	Polen	-	-	28	37
	Schweiz	4	2	51	66
	Tschechien	12	8	132	191
	nicht zuzuordnen	-	-	43	45
	Österreich	3	201	203	452
Luftgrenze		-	-	10	23
Gesamt		69	214	634	1.078

Verbleib	Zurückschiebung	Zurückweisung	Übergabe ans Jugendamt	Gesamt
Staatsangehörigkeit (Top 10)	Anzahl Personen			
afghanisch	13	145	375	609
algerisch	19	8	54	95
marokkanisch	19	4	62	94
syrisch	1	39	34	85
libysch	-	5	15	25
tunesisch	5	-	17	25
guineisch	3	1	11	18
irakisch	1	2	6	15
somalisch	-	-	9	15
pakistanisch	-	2	6	12
Gesamt	69	214	634	1.078

Differenzen in den Tabellen zwischen der Zahl der festgestellten unbegleiteten Minderjährigen und den aufgeführten Maßnahmen erklären sich aus sonstigen Maßnahmen der Grenzbehörden, etwa der Übergabe an inländische Behörden (z. B. Polizeien der Länder, Ausländerbehörden).

20. Wie viele Asylanträge wurden im ersten Halbjahr 2021 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (bitte differenziert nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern angeben und zudem jeweils in Relation zur Gesamtzahl der Ablehnungen setzen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

1. Halbjahr 2021	Ablehnung insgesamt	darunter: als offensichtlich unbegründet abgelehnt	Anteil an Ablehnungen gesamt
insgesamt	17.034	4.770	28,0 %
darunter:			
Syrien	23	1	4,3 %
Afghanistan	1.259	32	2,5 %
Irak	2.051	188	9,2 %
Ungeklärt	284	127	44,7 %
Türkei	1.769	247	14,0 %
Somalia	265	17	6,4 %
Eritrea	91	8	8,8 %
Nigeria	1.643	203	12,4 %
Georgien	838	602	71,8 %
Iran	1.116	49	4,4 %
Algerien	282	144	51,1 %
Russische Föderation	752	122	16,2 %
Vietnam	464	451	97,2 %
Pakistan	370	51	13,8 %
Marokko	281	154	54,8 %

21. Wie viele sogenannte Flughafenverfahren wurden im bisherigen Jahr 2021 an welchen Flughafenstandorten mit welchem Ergebnis durchgeführt (bitte auch den Anteil der Minderjährigen, der unbegleiteten Minderjährigen und den zehn wichtigsten Herkunftsländern angeben)?

In wie vielen Fällen wurden Rechtsmittel gegen eine Ablehnung als offensichtlich unbegründet eingelegt, und was waren die Ergebnisse der gerichtlichen Überprüfung (bitte nach wichtigsten Herkunftsländern aufschlüsseln)?

Im Berichtszeitraum gab es keine Flughafenverfahren für unbegleitete Minderjährige.

Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

bis 31.8.2021				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Herkunftsland	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	97	12	48	44	-
darunter:					
Iran	16	1	4	8	-
Türkei	10	3	3	7	-
Russische Föderation	9	4	2	7	-
Afghanistan	8	-	6	2	-
Kongo, Demokratische Republik	7	-	3	3	-
Syrien	7	-	7	-	-
Bangladesch	5	-	-	5	-
Armenien	4	-	4	-	-
Irak	3	-	2	2	-
Jemen	3	-	3	-	-

bis 31.8.2021				Entscheidungen innerhalb von 2 Tagen nach Antragstellung	
Flughafen	Aktenanlage	darunter: Personen unter 18 Jahren	Mitteilung § 18a VI	offens. unbegründet	eingestellt
Insgesamt	97	12	48	44	-
darunter:					
Flughafen Berlin	20	9	7	13	-
Flughafen Frankfurt	69	3	35	29	-
Flughafen München	8	-	6	2	-

bis 31.8.2021 Herkunftsland	Rechtsmittel Verwaltungsgericht		
	eingelegt	stattgegeben	abgelehnt
Insgesamt	34	4	29
darunter:			
Iran	9	-	5
Türkei	7	2	5
Russische Föderation	-	-	-
Afghanistan	2	2	-
Kongo, Demokratische Republik	2	-	2
Syrien	-	-	-
Bangladesch	5	-	5
Armenien	-	-	-
Irak	1	-	1
Jemen	-	-	-

22. Wie lauten nach Kenntnis der Bundesregierung die statistischen Daten zu Rechtsmitteln und Gerichtsentscheidungen im Bereich Asyl für das bisherige Jahr 2021 (soweit vorliegend; bitte jeweils wie in der Antwort zu Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 19/18498 differenziert darstellen: Asylverfahren, Widerrufsverfahren, Eilanträge in Dublin-Verfahren, Verfahrensdauern, auch zu Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes bzw. nach § 80 Absatz 5 der Verwaltungsgerichtsordnung; neben der Differenzierung nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern bitte in jedem Fall auch Angaben zu den sicheren Herkunftsstaaten sowie zu Marokko, Tunesien, Algerien, Georgien, Armenien und Türkei machen – aus Gründen der Übersichtlichkeit und wegen geringer Fallzahlen in den weiteren Instanzen sind Angaben zur ersten Instanz ausreichend)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Erst- und Folgeanträge											
bis 30.6.2021 (Stand: 15.8.2021)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen									anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Asyl Artikel 16a GG u. Fam.Asyl	(GFK) Flüchtlingsschutz	subsidiärer Schutz	Abschiebungsverbot	Ablehnungen		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		
							absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	33.528	56.786	240	3.122	687	6.127	18.849	33,2 %	27.761	48,9 %	165.367
darunter:											
Syrien	8.995	6.417	10	621	4	190	1.687	26,3 %	3.905	60,9 %	21.127
Afghanistan	3.324	9.237	8	455	226	3.337	1.345	14,6 %	3.866	41,9 %	20.802
Irak	3.178	6.277	8	256	118	714	2.321	37,0 %	2.860	45,6 %	18.673
Nigeria	2.389	4.867	7	26	10	307	2.064	42,4 %	2.453	50,4 %	11.933
Türkei	2.097	2.685	98	247	9	38	1.258	46,9 %	1.035	38,5 %	10.639
Iran	1.577	3.675	35	786	21	62	1.449	39,4 %	1.322	36,0 %	14.125
Russische Föderation	1.211	2.947	31	42	34	64	1.252	42,5 %	1.524	51,7 %	10.654
Georgien	840	1.159	1	3	1	27	528	45,6 %	599	51,7 %	2.579
Pakistan	772	1.907	4	216	5	75	846	44,4 %	761	39,9 %	4.793
Somalia	586	1.663	-	36	50	182	329	19,8 %	1.066	64,1 %	3.794
Ungeklärt	568	980	2	96	19	82	210	21,4 %	571	58,3 %	3.468
Guinea	534	1.236	1	29	7	52	564	45,6 %	583	47,2 %	3.036
Moldau	417	374	-	-	2	-	108	28,9 %	264	70,6 %	862
Gambia	343	1.119	-	7	3	60	506	45,2 %	543	48,5 %	1.425
Aserbaidschan	342	957	4	16	3	16	468	48,9 %	450	47,0 %	2.700
Algerien	334	414	-	7	5	5	124	30,0 %	273	65,9 %	740
Armenien	289	942	-	-	4	22	452	48,0 %	464	49,3 %	2.047
Marokko	278	289	-	4	3	3	67	23,2 %	212	73,4 %	834
Tunesien	204	150	-	1	-	5	40	26,7 %	104	69,3 %	516
Serbien	245	202	-	-	-	1	40	19,8 %	161	79,7 %	891
Ghana	188	301	-	3	-	13	93	30,9 %	192	63,8 %	705
Albanien	160	309	-	-	-	13	73	23,6 %	223	72,2 %	970
Nordmazedonien	148	241	-	-	-	4	55	22,8 %	182	75,5 %	534
Kosovo	126	142	-	-	1	8	31	21,8 %	102	71,8 %	567
Bosnien und Herzegowina	93	73	-	-	-	5	17	23,3 %	51	69,9 %	262
Senegal	64	114	-	3	-	6	37	32,5 %	68	59,6 %	305
Montenegro	28	57	-	-	-	-	16	28,1 %	41	71,9 %	100

Widerrufsverfahren									
bis 30.6.2021 (Stand: 15.8.2021)	Eingelegte Klagen	Gerichtsentscheidungen							anhängige Rechtsmittel
		Gesamt	Widerruf Artikel 16a GG/Flüchtlingseigenschaft/subs. Schutz		kein Widerruf		sonst. Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)		
			absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	
Staatsangehörigkeiten gesamt	1.612	923	303	32,8 %	85	9,2 %	535	58,0 %	4.909
darunter:									
Afghanistan	514	315	55	17,5 %	53	16,8 %	207	65,7 %	1.111
Irak	239	139	57	41,0 %	11	7,9 %	71	51,1 %	1.040
Syrien	176	116	47	40,5 %	14	12,1 %	55	47,4 %	595
Ungeklärt	69	41	20	48,8 %	1	2,4 %	20	48,8 %	202
Nigeria	58	22	12	54,5 %	1	4,5 %	9	40,9 %	129
Russische Föderation	56	37	8	21,6 %	0	0,0 %	29	78,4 %	246
Armenien	55	21	10	47,6 %	0	0,0 %	11	52,4 %	135
Türkei	47	18	7	38,9 %	1	5,6 %	10	55,6 %	180
Iran	43	20	2	10,0 %	1	5,0 %	17	85,0 %	126
Eritrea	41	21	10	47,6 %	0	0,0 %	11	52,4 %	125
Somalia	38	17	7	41,2 %	2	11,8 %	8	47,1 %	106
Kosovo	36	17	8	47,1 %	0	0,0 %	9	52,9 %	62
Äthiopien	28	6	1	16,7 %	0	0,0 %	5	83,3 %	85
Jordanien	22	13	4	30,8 %	0	0,0 %	9	69,2 %	50
Indien	21	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	48
Algerien	4	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	17
Georgien	3	4	3	75,0 %	1	25,0 %	0	0,0 %	9
Marokko	2	2	1	50,0 %	0	0,0 %	1	50,0 %	17
Tunesien	0	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	6
Albanien	14	6	1	16,7 %	0	0,0 %	5	83,3 %	25
Serbien	9	22	4	18,2 %	0	0,0 %	18	81,8 %	50
Nordmazedonien	7	13	6	46,2 %	0	0,0 %	7	53,8 %	12
Bosnien und Herzegowina	2	3	0	0,0 %	0	0,0 %	3	100,0 %	13
Montenegro	2	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	9
Ghana	2	2	1	50,0 %	0	0,0 %	1	50,0 %	8
Senegal	2	0	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2

Durchschnittliche Dauer gerichtlicher Verfahren in Monaten (Klagen)		
	Verfahrensdauer Erst- und Folgeanträge:	Verfahrensdauer Widerrufe:
1.1 bis 30.6.2021	26,2	12,6

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen im Dublin-Verfahren

1.1.2021 bis 30.6.2021 (Stand: 15.8.2021)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtent- scheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	2.685	905	3.590
darunter:			
Afghanistan	488	132	620
Irak	338	142	480
Syrien	326	81	407
Nigeria	204	128	332
Russische Föderation	158	67	225
Iran	97	49	146
Türkei	77	26	103
Algerien	92	4	96
Gambia	52	26	78
Pakistan	55	17	72
Guinea	46	19	65
Georgien	62	1	63
Tunesien	52	10	62
Ungeklärt	54	6	60
Somalia	42	16	58
Marokko	27	4	31
Armenien	26	-	26
Ghana	25	5	30
Kosovo	21	1	22
Serbien	17	1	18
Senegal	7	-	7
Albanien	4	1	5
Bosnien und Herzegowina	5	-	5
Nordmazedonien	4	-	4
Montenegro	-	-	-

Verfahrensdauer Eilanträge im Dublin-Verfahren (in Tagen):

1.1.2021 bis 30.6.2021 (Stand: 15.8.2021)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten ge- samt	52,5	40,6	44,1
darunter:			
Afghanistan	38,6	15,0	23,8
Irak	41,9	32,6	32,8
Syrien	34,3	68,8	10,7
Nigeria	76,1	53,4	63,1
Russische Föderation	75,0	45,7	82,7
Iran	74,5	26,4	56,2
Türkei	45,8	27,1	24,0
Algerien	34,2	10,7	7,5
Gambia	63,2	45,6	18,0
Pakistan	30,4	37,8	37,7
Guinea	35,7	63,6	14,6
Georgien	34,0	7,0	-

1.1.2021 bis 30.6.2021 (Stand: 15.8.2021)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Tunesien	60,4	-	-
Ungeklärt	50,6	24,2	70,7
Somalia	44,6	77,8	85,6
Marokko	86,1	72,0	-
Armenien	20,6	9,5	-
Ghana	46,3	30,5	9,0
Kosovo	64,6	8,0	-
Serbien	19,2	106,0	-
Senegal	34,9	-	-
Albanien	59,0	-	-
Bosnien und Herzegowina	14,3	-	15,0
Nordmazedonien	16,0	-	-
Montenegro	-	-	-

Gerichtsentscheidungen zu Eilanträgen (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt

1.1.2021 bis 30.6.2021 (Stand: 15.8.2021)	abgelehnt	stattgegeben	Gesamtent- scheidungen
Staatsangehörigkeiten gesamt	8.883	2.584	11.467
darunter:			
Afghanistan	948	454	1.402
Nigeria	752	294	1.046
Irak	700	314	1.014
Syrien	774	176	950
Russische Föderation	526	148	674
Georgien	549	35	584
Türkei	430	114	544
Iran	289	138	427
Moldau	264	13	277
Armenien	246	20	266
Pakistan	197	55	252
Somalia	170	81	251
Guinea	171	53	224
Gambia	172	45	217
Ungeklärt	160	47	207
Algerien	173	17	190
Marokko	119	18	137
Tunesien	107	13	120
Serbien	188	10	198
Albanien	169	15	184
Ghana	125	35	160
Nordmazedonien	128	12	140
Kosovo	94	7	101
Bosnien und Herzegowina	51	8	59
Senegal	37	6	43
Montenegro	29	1	30

Verfahrensdauer Eilanträge (einstweiliger Rechtsschutz) Gesamt (in Tagen)

1.1.2021 bis 30.6.2021 (Stand: 15.8.2021)	Antrag nach § 80 Absatz 5 VwGO	Antrag nach § 80 Absatz 7 VwGO	Antrag nach § 123 VwGO
Staatsangehörigkeiten gesamt	54,4	45,2	44,9
darunter:			
Afghanistan	40,4	40,7	45,3
Nigeria	91,2	89,2	53,1
Irak	53,6	23,8	56,8
Syrien	41,4	63,6	27,0
Russische Föderation	92,2	40,3	59,9
Georgien	35,9	24,6	28,1
Türkei	42,2	34,7	26,7
Iran	55,3	31,0	40,6
Moldau	32,8	73,1	37,3
Armenien	27,2	22,0	18,4
Pakistan	29,6	39,4	22,5
Somalia	80,3	115,8	56,5
Guinea	30,7	36,8	26,9
Gambia	67,1	93,2	47,7
Ungeklärt	50,5	29,7	40,4
Algerien	57,9	73,2	16,3
Marokko	45,8	29,0	379,0
Tunesien	54,3	2,0	30,1
Serbien	20,9	26,7	33,3
Albanien	114,0	50,5	83,3
Ghana	39,7	37,3	7,8
Nordmazedonien	29,2	31,3	35,1
Kosovo	46,1	12,8	15,3
Bosnien und Herzegowina	32,1	15,0	34,7
Senegal	39,5	10,5	0,0
Montenegro	14,1	15,0	16,8

- a) Wie viele Rechtsmittel sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung anhängig in Verfahren, in denen subsidiär Schutzberechtigte oder Personen mit nationalem Abschiebungsschutz (bitte differenzieren) auf einen Flüchtlingsstatus klagen (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele dieser Verfahren wurden im bisherigen Jahr 2021 mit welchem Ergebnis entschieden (bitte nach Bundesländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren; Angaben zur ersten Instanz sind ausreichend)?

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Asylanträge waren zum Stichtag 30. Juni 2021 anhängig:

anhängige Klagen gegen subsidiären Schutz zum 30. Juni 2021	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	12.763
darunter:	
Syrien	10.624
Irak	561
Eritrea	361
Ungeklärt	343
Jemen	228
Staatenlos	123

anhängige Klagen gegen subsidiären Schutz zum 30. Juni 2021	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Afghanistan	143
Somalia	76
Iran	57
Sudan	33

anhängige Klagen gegen subsidiären Schutz zum 30. Juni 2021	
nach Ländern	Klagen
Gesamt	12.763
Baden-Württemberg	1.465
Bayern	1.352
Berlin	1.030
Brandenburg	954
Bremen	143
Hamburg	171
Hessen	1.934
Mecklenburg-Vorpommern	166
Niedersachsen	1.298
Nordrhein-Westfalen	2.863
Rheinland-Pfalz	154
Saarland	57
Sachsen	376
Sachsen-Anhalt	308
Schleswig-Holstein	180
Thüringen	312

Die folgenden Klagen gegen die Feststellung eines Abschiebungsverbotes waren zum Stichtag 30. Juni 2021 anhängig:

anhängige Klagen gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. Juni 2021	
nach Staatsangehörigkeit	Klagen
Gesamt	2.830
darunter:	
Afghanistan	1.217
Irak	487
Syrien	212
Eritrea	201
Somalia	142
Äthiopien	76
Nigeria	63
Ungeklärt	51
Türkei	31
Russische Föderation	31

anhängige Klagen gegen Feststellung eines Abschiebungsverbotes zum 30. Juni 2021	
nach Ländern	Klagen
Gesamt	2.830
Baden-Württemberg	219
Bayern	257
Berlin	199
Brandenburg	175
Bremen	49
Hamburg	44
Hessen	495
Mecklenburg-Vorpommern	38
Niedersachsen	438
Nordrhein-Westfalen	712
Rheinland-Pfalz	39
Saarland	1
Sachsen	54
Sachsen-Anhalt	27
Schleswig-Holstein	47
Thüringen	36

Die folgenden Klagen gegen vom BAMF auf subsidiären Schutz entschiedene Verfahren wurden wie folgt entschieden:

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
1.1. bis 30.6.2021	3.603	11	674	2.918
darunter:				
Syrien	2.867	10	582	2.275
Irak	213		15	198
Eritrea	159		17	142
Ungeklärt	90	1	28	61
Afghanistan	74		10	64
Staatenlos	37		9	28
Jemen	34		5	29
Somalia	34		1	33
Sudan	19		2	17
Libyen	13			13

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
bis 30.6.2021	3.603	11	674	2.918
Baden-Württemberg	497	2	91	404
Bayern	277		8	269
Berlin	204	1	62	141
Brandenburg	266	1	124	141
Bremen	44		13	31
Hamburg	73		8	65
Hessen	654		56	598
Mecklenburg-Vorpommern	22		2	20
Niedersachsen	395		44	351
Nordrhein-Westfalen	662	6	151	505
Rheinland-Pfalz	89		7	82

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	Keine Verbesserung
Saarland	45		3	42
Sachsen	69	1	5	63
Sachsen-Anhalt	123		70	53
Schleswig-Holstein	130		17	113
Thüringen	53	2	13	40

nach Staatsangehörigkeit	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
bis 30.6.2021	1.157	6	112	71	968
darunter:					
Afghanistan	575	3	54	28	490
Irak	185	1	25	1	158
Eritrea	75		5	29	41
Somalia	58		4	3	51
Syrien	44		6		39
Nigeria	43	1		1	41
Äthiopien	17		2		15
Ungeklärt	17			7	10
Guinea	14	1	1		12
Iran	13		1	2	10

nach Ländern	Summe Entscheidungen	Anerkennungen gemäß Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	Keine Verbesserung
1.1. bis 30.6.2021	1.157	6	112	71	968
Baden-Württemberg	177	1	22	25	129
Bayern	68		3	3	62
Berlin	44		2	2	40
Brandenburg	44		1	5	38
Bremen	31		7	5	19
Hamburg	31		2		29
Hessen	234		20	17	197
Mecklenburg-Vorpommern	6				6
Niedersachsen	155	1	14	1	139
Nordrhein-Westfalen	238	4	28	12	194
Rheinland-Pfalz	23				23
Saarland	5		3		2
Sachsen	24		3		21
Sachsen-Anhalt	24			1	23
Schleswig-Holstein	37		6		31
Thüringen	16		1	25	15

- b) Gegen wie viele der Asylbescheide des BAMF wurden im bisherigen Jahr 2021 Rechtsmittel eingelegt (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und Klagequoten in Bezug auf die Gesamtzahl der Bescheide und in Bezug auf Ablehnungen gesondert ausweisen; bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und zusätzlich nach den zu sicher erklärten Herkunftsländern differenzieren, zusätzlich differenzieren nach der Art der Ablehnung: unbegründet, offensichtlich unbegründet, unzulässig bzw. Dublin-Bescheid)?

Wie lautete die Klagequote in Bezug auf ablehnende Bescheide des BAMF für das bisherige Jahr 2021?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Staatsangehörigkeit	Entscheidungen insgesamt		davon Entscheidung „abgelehnt“			davon Entscheidung „o. u. abgelehnt“			davon Entscheidung „unzulässig“			
		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil		davon beklagt*	Anteil
1.1. bis 30.6.2021 Stand: 15.8.2021												
Gesamt	80.142	31.829	39,7 %	12.264	10.797	88,0 %	4.770	2.627	55,1 %	33.376	14.940	44,8 %
darunter:												
Syrien	35.941	8.771	24,4 %	22	13	59,1 %	1	1	100,0 %	18.993	5.681	29,9 %
Afghanistan	6.095	3.038	49,8 %	1.227	1.162	94,7 %	32	24	75,0 %	2.416	1.753	72,6 %
Irak	5.436	3.003	55,2 %	1.863	1.645	88,3 %	188	146	77,7 %	1.539	1.184	76,9 %
Türkei	3.370	2.022	60,0 %	1.522	1.442	94,7 %	247	198	80,2 %	453	356	78,6 %
Nigeria	3.004	2.213	73,7 %	1.440	1.265	87,8 %	203	151	74,4 %	968	782	80,8 %
Iran	2.333	1.509	64,7 %	1.067	1.014	95,0 %	49	41	83,7 %	599	440	73,5 %
Ungeklärt	2.216	542	24,5 %	157	125	79,6 %	127	69	54,3 %	730	300	41,1 %
Somalia	1.673	520	31,1 %	248	221	89,1 %	17	11	64,7 %	430	269	62,6 %
Russische Föderation	1.596	1.127	70,6 %	630	545	86,5 %	122	79	64,8 %	701	539	76,9 %
Eritrea	1.398	243	17,4 %	83	64	77,1 %	8	4	50,0 %	147	102	69,4 %
Georgien	1.362	863	63,4 %	236	185	78,4 %	602	438	72,8 %	375	230	61,3 %
Pakistan	1.048	713	68,0 %	319	286	89,7 %	51	32	62,7 %	562	395	70,3 %
Moldau	1.031	418	40,5 %	81	56	69,1 %	213	71	33,3 %	657	291	44,3 %
Algerien	1.020	304	29,8 %	138	87	63,0 %	144	62	43,1 %	515	153	29,7 %
Guinea	899	482	53,6 %	293	258	88,1 %	71	42	59,2 %	285	180	63,2 %
Albanien	403	145	36,0 %	1	0	0,0 %	196	74	37,8 %	169	72	42,6 %
Bosnien und Herzegowina	230	85	37,0 %	1	1	100,0 %	104	47	45,2 %	115	36	31,3 %
Ghana	350	173	49,4 %	1	0	0,0 %	218	115	52,8 %	86	55	64,0 %
Kosovo	268	112	41,8 %	5	2	40,0 %	95	47	49,5 %	134	57	42,5 %
Montenegro	48	19	39,6 %	2	2	100,0 %	22	10	45,5 %	19	6	31,6 %
Nordmazedonien	356	138	38,8 %	1	1	100,0 %	147	75	51,0 %	184	67	36,4 %
Senegal	118	64	54,2 %	2	0	0,0 %	53	38	71,7 %	50	26	52,0 %
Serbien	621	253	40,7 %	10	10	100,0 %	244	105	43,0 %	334	146	43,7 %

- c) Wie ist die aktuelle Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren im Bereich Asyl, differenziert nach (Bundes-, Ober-) Verwaltungsgerichten?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Gericht Stand: 30.6.2021	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
Bei Gericht anhängige Verfahren	167.449
Bundesverwaltungsgericht	47
VGH Baden-Württemberg	112
VG Freiburg	3.975
VG Karlsruhe	3.233
VG Sigmaringen	4.183
VG Stuttgart	5.307
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	229
VG Ansbach	4.317
VG Augsburg	1.092
VG Bayreuth	1.714
VG München	10.586
VG Regensburg	2.947
VG Würzburg	1.091
Bayerischer VGH bis Außenstelle Ansbach	469
OVG Berlin-Brandenburg	126
VG Berlin	12.647
VG Cottbus	2.739
VG Frankfurt/Oder	2.744
VG Potsdam	6.573
OVG der Freien Hansestadt Bremen	2
VG Bremen	1.505
Hamburgisches Oberverwaltungsgericht	8
VG Hamburg	3.957
Hessischer Verwaltungsgerichtshof	115
VG Darmstadt	4.854
VG Frankfurt/Main	2.726
VG Kassel	2.872
VG Wiesbaden	3.057
VG Gießen	5.351
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	219
VG Braunschweig	2.862
VG Hannover	6.515
VG Oldenburg	3.357
VG Osnabrück	2.067
VG Stade	2.260
VG Lüneburg	1.947
VG Göttingen	1.335
OVG für das Land Nordrhein-Westfalen	418
VG Aachen	3.139
VG Arnberg	6.214
VG Düsseldorf	5.600
VG Gelsenkirchen	4.929
VG Köln	7.011
VG Minden	3.208
VG Münster	3.546
OVG Rheinland-Pfalz	46
VG Trier	2.060

Gericht Stand: 30.6.2021	Anzahl anhängiger Gerichtsverfahren
OVG des Saarlandes	14
VG des Saarlandes	425
Schleswig-Holsteinisches OVG	68
VG Schleswig-Holstein	5.106
OVG Sachsen-Anhalt	11
VG Magdeburg	1.415
VG Halle	933
Thüringer Oberverwaltungsgericht	1
VG Gera	186
VG Meiningen	1.605
VG Weimar	1.296
Sächsisches Oberverwaltungsgericht	126
VG Chemnitz	3.803
VG Dresden	2.641
VG Leipzig	1.651
OVG Mecklenburg-Vorpommern	99
VG Greifswald	1.513
VG Schwerin	1.245

- d) In wie vielen Fällen erhielten zunächst abgelehnte Asylsuchende im bisherigen Jahr 2021 doch noch einen Schutzstatus, und in wie vielen Fällen basierte dies auf einer Gerichtsentscheidung, auf einer Abhilfeentscheidung, bzw. geschah dies infolge eines Folgeantrags oder aus sonstigem Grunde (bitte differenzieren und zudem nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zeitraum: 1.1. bis 30.6.2021			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Gesamt	12.183	10.356	1.827
davon			
Syrien	702	581	121
Afghanistan	4.995	4.112	883
Irak	1.176	1.082	94
Türkei	463	363	100
Nigeria	431	380	51

Zeitraum: 1.1. bis 30.6.2021			
Staatsangehörigkeit		davon aufgrund einer Gerichtsentscheidung	Abhilfeentscheidungen
Iran	1.141	961	180
Ungeklärt	221	168	53
Somalia	278	245	33
Russische Föderation	244	218	26
Eritrea	190	172	18
Georgien	30	26	4
Pakistan	375	333	42
Moldau	0	0	0
Algerien	10	10	0
Guinea	80	68	12

Positive Entscheidungen infolge von Folgeanträgen

Zeitraum: 1.1. bis 30.6.2021	
Staatsangehörigkeit	Summe
Gesamt	1.323
davon:	
Syrien	264
Afghanistan	365
Irak	101
Türkei	54
Nigeria	46
Iran	93
Ungeklärt	14
Somalia	61
Russische Föderation	40
Eritrea	52
Georgien	1
Pakistan	17
Moldau	0
Algerien	4
Guinea	13

Positive Entscheidungen infolge von sonstigen Gründen

Zeitraum: 1.1. bis 30.6.2021	
HKL	Summe
Gesamt	379
davon:	
Syrien	4
Afghanistan	191
Irak	25
Türkei	4
Nigeria	23
Iran	8
Ungeklärt	0
Somalia	1
Russische Föderation	2
Eritrea	1
Georgien	3
Pakistan	7

Zeitraum: 1.1. bis 30.6.2021	
HKL	Summe
Pakistan	7
Moldau	0
Algerien	1
Guinea	4

- e) Wie viele gerichtliche Entscheidungen im Eilverfahren gab es im bisherigen Jahr 2021 zu Asylsuchenden, denen bereits in einem anderen Mitgliedstaat Schutz gewährt worden war, und mit welchem Ergebnis (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten auflisten)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Entscheidungen in Eilverfahren – Schutzgewährung in einem anderen MS nach § 29 Absatz I Nummer 2 AsylG Zeitraum: 1.1. bis 30.6.2021 (Stand: 15.8.2021)			
Staatsangehörigkeit	abgelehnt	stattgegeben	Gesamt
Gesamt	453	96	549
darunter:			
Syrien	244	42	286
Somalia	44	16	60
Irak	40	10	50
Nigeria	37	3	40
Afghanistan	23	7	30
Ungeklärt	13	3	16
Iran	10	2	12
Eritrea	7	2	9
Russische Föderation	8	1	9
Libyen	2	5	7

- f) Wie lauten die differenzierteren Angaben des BAMF zu der Kategorie „sonstige Erledigungen“ bei Gerichtsentscheidungen für das bisherige Jahr 2021?

Die Angaben zu den sonstigen Erledigungen für den Zeitraum 1. Januar bis 30. Juni 2021 können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Sonstige Verfahrenserledigungen	1.1. bis 30.6.2021
Keine Schutzgewährung festgestellt	21.530
Schutzgewährung offen	4.637
Schutzgewährung	1.802
Summe	27.969

- g) Wie lauten die 15 Organisationseinheiten des BAMF mit den höchsten Aufhebungsquoten ihrer Bescheide durch die Gerichte im bisherigen Jahr 2021 (bitte mit absoluten und relativen Zahlen auflisten und zum Vergleich die durchschnittliche Aufhebungsquote aller Organisationseinheiten nennen; nur Organisationseinheiten mit mehr als 50 Entscheidungen berücksichtigen)?

Wie lauten diese Auflistungen, wenn jeweils nur die Herkunftsländer Afghanistan, Irak, Iran, Nigeria, Türkei, Eritrea und Somalia berücksichtigt werden (bitte nach Herkunftsländern getrennt und jeweils wie oben erbeten auflisten)?

Angaben zu den 15 Organisationseinheiten des BAMF mit den höchsten Aufhebungsquoten ihrer Bescheide durch die Gerichte können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
	10.177	20,1 %
darunter:		
AS Oldenburg	247	43,9 %
AZ Gießen - Offenbach	483	37,2 %
Entscheidungszentrum Südwest Mannheim	237	37,0 %
AS Freiburg	127	36,4 %
AS Mühlhausen/Th.	56	32,6 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	998	31,7 %
AS Büdingen	149	29,9 %
AS Hamburg im AZ, LAS	312	29,3 %

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
AS Bremen im AZ, LAS	91	26,5 %
AS Bielefeld im AZ	404	25,7 %
Entscheidungszentrum West Bonn	383	25,7 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	214	25,6 %
AS Suhl im AZ	206	25,6 %
AS Leipzig im AZ	131	25,0 %
AS Lebach in AnKER, LAS	76	24,5 %

* Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur Organisationseinheiten mit mehr als 50 Entscheidungen.

HKL Afghanistan

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
	4.024	47,5 %
darunter:		
AS Heidelberg im AZ	134	75,3 %
AS Bremen im AZ, LAS	52	71,2 %
AS Oldenburg	222	66,5 %
AS Zirndorf in AnKER	95	66,4 %
AS Suhl im AZ	124	64,9 %
AS Neumünster, LAS	217	64,2 %
AS Karlsruhe, LAS	44	62,9 %
AS Hamburg im AZ, LAS	171	58,2 %
AS Mühlhausen/Th.	37	56,9 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	51	54,8 %
AZ Münster	40	54,8 %
AZ Gießen - Offenbach	321	54,7 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	530	53,9 %
AS Büdingen	93	53,8 %
AS Bielefeld im AZ	86	53,8 %

* Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur Organisationseinheiten mit mehr als 50 Entscheidungen.

HKL Irak

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
	1.095	19,9 %
darunter:		
AS Heidelberg im AZ	135	40,4 %
AS Karlsruhe, LAS	22	37,3 %
AS Leipzig im AZ	18	33,3 %
AS Deggendorf in AnKER	20	31,7 %
AS Bielefeld im AZ	64	31,4 %
AZ Gießen - Offenbach	19	26,4 %
AS Neumünster, LAS	77	26,4 %
31B Nürnberg	118	23,7 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	55	23,6 %
AS Bad Fallingb. im AZ	24	23,1 %
AS Essen	13	22,4 %
AS Mönchengladbach im AZ	25	22,1 %
AS Regensburg in AnKER	32	21,5 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	21	20,0 %
AS Unna im AZ	14	20,0 %

* Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur Organisationseinheiten mit mehr als 50 Entscheidungen.

HKL Iran

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
	904	27,0 %
darunter:		
AS Bielefeld im AZ	93	62,4 %
AS Hamburg im AZ, LAS	97	48,0 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	38	40,9 %
AS Trier, LAS	67	39,4 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	22	36,1 %
AS Unna im AZ	17	33,3 %
AS Speyer	18	32,7 %
AS Bramsche im AZ	22	31,9 %
AS Heidelberg im AZ	64	31,8 %
AZ Münster	18	31,6 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	122	30,3 %
AZ Gießen - Offenbach	22	30,1 %
AS Zirndorf in AnKER	48	28,2 %
AS Bonn im AZ	30	26,1 %
AS Gießen im AZ, LAS	41	22,4 %

* Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur Organisationseinheiten mit mehr als 50 Entscheidungen.

HKL Nigeria

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
	345	8,3 %
darunter:		
31B Nürnberg	25	32,1 %
AS Bielefeld im AZ	10	18,9 %
AS Sigmaringen	12	18,2 %
AS Gießen im AZ, LAS	17	16,8 %
AS Büdingen	8	15,4 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	22	12,2 %
AS Karlsruhe, LAS	22	11,3 %
AS Zirndorf in AnKER	11	10,2 %
AS Deggendorf in AnKER	15	10,1 %
AS Heidelberg im AZ	59	10,0 %
AS Ellwangen	10	9,9 %
Entscheidungszentrum West Bonn	7	9,2 %
AS Schweinfurt in AnKER	7	8,1 %
AS Augsburg in AnKER	6	6,7 %
AS Regensburg in AnKER	4	5,9 %

* Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur Organisationseinheiten mit mehr als 50 Entscheidungen.

HKL Türkei

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
	393	15,5 %
darunter:		
AS Bonn im AZ	31	37,3 %
AS Bielefeld im AZ	20	31,7 %
AZ Münster	14	25,9 %
AS Heidelberg im AZ	64	19,8 %
AS Gießen im AZ, LAS	33	17,7 %
AZ Gießen - Offenbach	18	17,5 %

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
AS Schweinfurt in AnKER	9	15,0 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	9	13,4 %
AS Berlin, LAS	10	10,4 %
AS Trier, LAS	15	9,5 %
AS Neumünster, LAS	9	9,4 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	6	7,0 %
AS Karlsruhe, LAS	3	5,4 %
AS Augsburg in AnKER	6	2,2 %
AS Bramsche im AZ	3	6,4 %

* Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur Organisationseinheiten mit mehr als 50 Entscheidungen.

HKL Eritrea

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
	163	24,7 %
darunter:		
AS Gießen im AZ, LAS	22	22,4 %
AS Bamberg in AnKER	14	20,9 %

* Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur Organisationseinheiten mit mehr als 50 Entscheidungen.

HKL Somalia

Organisationseinheiten*	Gesamt	Quote
	267	19,1 %
darunter:		
AS Heidelberg im AZ	20	31,7 %
Entscheidungszentrum Ost Berlin	40	25,0 %
AS Gießen im AZ, LAS	40	23,4 %
AS Schweinfurt in AnKER	17	15,0 %
32E Dublinzentrum Bochum	1	1,3 %
32F Dublinzentrum Bayreuth	0	0,0 %

* Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur Organisationseinheiten mit mehr als 50 Entscheidungen.

- h) Wie haben die Verwaltungsgerichte nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2018, 2019, 2020 und im bisherigen Jahr 2021 über die Klagen iranischer Asylsuchender gegen Bescheide des BAMF entschieden (bitte nach Asylberechtigung, Flüchtlingsanerkennung, subsidiärem Schutz, Abschiebungsverbot, Ablehnung und sonstigen Erledigungen sowie nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1.1. bis 31.12.2018	Gerichtsentscheidungen über die Klagen iranischer Asylsuchender						
	Gesamt	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlings- schutz ge- mäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz ge- mäß § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. ab- gelehnt/ offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Er- ledigungen
Gesamt	5.879	50	1.211	18	76	1.651	2.873
davon:							
Baden- Württemberg	325	-	24	-	2	104	195
Bayern	716	-	111	-	17	287	301
Berlin	279	3	18	-	1	143	114

1.1. bis 31.12.2018	Gerichtsentscheidungen über die Klagen iranischer Asylsuchender						
	Gesamt	Asylberech- tigung Art. 16a GG	Flüchtlings- schutz ge- mäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz ge- mäß § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. ab- gelehnt/ offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Er- ledigungen
Brandenburg	185	-	55	-	-	17	113
Bremen	61	1	8	-	5	5	42
Hamburg	249	-	98	1	5	75	70
Hessen	570	5	63	8	8	131	355
Mecklenburg- Vorpommern	141	-	4	1	1	45	90
Niedersach- sen	567	-	198	3	5	85	276
Nordrhein- Westfalen	1.512	35	271	2	15	439	750
Rheinland- Pfalz	461	5	225	2	4	80	145
Saarland	15	-	-	-	-	-	15
Sachsen	174	-	18	-	7	65	84
Sachsen- Anhalt	294	-	96	1	1	69	127
Schleswig- Holstein	275	1	17	-	5	102	150
Thüringen	53	-	5	-	-	4	44
unbekannt	2	-	-	-	-	-	2

1.1. bis 31.12.2019	Gerichtsentscheidungen über die Klagen iranischer Asylsuchender						
	Gesamt	Asylberech- tigung Art. 16a GG	Flüchtlings- schutz ge- mäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz ge- mäß § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. ab- gelehnt/ offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Er- ledigungen
Gesamt	7.290	36	1.377	36	96	2.522	3.223
davon:							
Baden- Württemberg	671	4	78	1	8	328	252
Bayern	816	6	106	9	10	349	336
Berlin	405	-	29	2	3	231	140
Brandenburg	139	2	59	-	1	15	62
Bremen	67	-	9	1	-	11	46
Hamburg	316	-	86	1	8	98	123
Hessen	758	2	152	6	11	182	405
Mecklenburg- Vorpommern	95	-	13	-	5	40	37
Niedersach- sen	638	4	189	-	5	145	295
Nordrhein- Westfalen	1.705	11	263	13	23	553	842
Rheinland- Pfalz	619	6	203	1	8	257	144
Saarland	35	-	1	-	4	1	29
Sachsen	268	-	76	1	3	78	110
Sachsen- Anhalt	264	-	76	1	7	73	107
Schleswig- Holstein	335	-	13	-	-	133	189
Thüringen	159	1	24	-	-	28	106

1.1. bis 31.12.2020	Gerichtsentscheidungen über die Klagen iranischer Asylsuchender						
	Gesamt	Asylberech- tigung Art. 16a GG	Flüchtlings- schutz ge- mäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz ge- mäß § 4 I AsylG	Abschie- bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. ab- gelehnt/ offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Er- ledigungen
Gesamt	7.029	46	1.507	23	109	2.559	2.785
davon:							
Baden- Württemberg	856	4	230	-	13	366	243
Bayern	702	-	103	6	3	298	292
Berlin	199	-	20	-	1	73	105
Brandenburg	188	2	57	-	-	35	94
Bremen	77	9	25	1	-	10	32
Hamburg	351	-	134	5	9	81	122
Hessen	685	7	124	1	2	194	357
Mecklenburg- Vorpommern	87	1	5	-	-	49	32
Niedersach- sen	750	-	342	1	12	166	229
Nordrhein- Westfalen	1.567	17	247	6	27	543	727
Rheinland- Pfalz	384	1	62	-	16	154	151
Saarland	18	1	2	-	-	1	14
Sachsen	215	1	71	-	2	101	40
Sachsen- Anhalt	232	-	42	-	15	68	107
Schleswig- Holstein	611	2	32	3	3	405	166
Thüringen	106	1	11	-	6	15	73
unbekannt	1	-	-	-	-	-	1

1.1. bis 30.6.2021	Gerichtsentscheidungen über die Klagen iranischer Asylsuchender						
	Gesamt	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG	subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgelehnt/ offens. unbegr. abgelehnt)	sonstige Erledigungen
Gesamt	3.675	35	786	21	62	1.449	1.322
davon:							
Baden-Württemberg	453	9	89	2	5	205	143
Bayern	274	1	38	1	9	104	121
Berlin	150	-	17	-	-	65	68
Brandenburg	132	1	42	1	-	35	53
Bremen	75	8	36	-	1	8	22
Hamburg	230	-	86	-	9	37	98
Hessen	388	-	63	5	4	184	132
Mecklenburg-Vorpommern	18	-	1	-	-	6	11
Niedersachsen	229	-	67	1	12	80	69
Nordrhein-Westfalen	1.014	11	219	6	12	402	364
Rheinland-Pfalz	237	3	78	4	3	117	32
Saarland	9	-	1	-	-	1	7
Sachsen	138	-	10	-	-	29	99
Sachsen-Anhalt	66	-	11	1	5	27	22
Schleswig-Holstein	206	-	16	-	2	141	47
Thüringen	56	2	12	-	-	8	34

23. Wie viele Asylanhörungen gab es im ersten Halbjahr 2021 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Anhörungen 1. Halbjahr 2021	Anzahl
Herkunftsländer gesamt	30.363
darunter:	
Syrien	10.728
Afghanistan	3.860
Irak	2.680
Türkei	1.870
Ungeklärt	965
Somalia	808
Nigeria	791
Eritrea	477
Iran	821

Anhörungen 1. Halbjahr 2021	Anzahl
Algerien	443
Georgien	828
Moldau	277
Guinea	341
Russische Föderation	289
Marokko	336

24. Wie viele Erst- und Folgeanträge (bitte differenzieren) wurden von Asylsuchenden aus Serbien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Albanien und Bosnien-Herzegowina im bisherigen Jahr 2021 gestellt (bitte jeweils auch den prozentualen Anteil der Roma-Angehörigen nennen), und wie wurden diese Asylanträge jeweils mit welchem Ergebnis beschieden?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

1.1. bis 31.8.2021	Asylanträge			Entscheidungen über Asylanträge						
	Gesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Artikel 16a GG und Fam. mil.asyl)	Gewährung von Flüchtl.- schutz gem. § 3 I AsylG	Gewährung von subsidiärem Schutz gem § 4 I AsylG	Feststellung eines Abschiebungsverbotes gemäß § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen (unbegr. abgel./ offens. unbegr. abgel.)	sonstige Verfahrens- erledigungen
Serbien	876	388	488	821	-	1	-	4	345	471
davon Roma	678	248	430	645	-	-	-	1	239	405
Kosovo	254	120	134	341	-	2	-	4	120	215
davon Roma	103	47	56	148	-	-	-	1	49	98
Nordmazedonien	685	295	390	504	-	-	-	3	195	306
davon Roma	458	168	290	361	-	-	-	1	115	245
Montenegro	57	34	23	64	-	-	-	-	37	27
davon Roma	26	16	10	36	-	-	-	-	22	14
Albanien	646	432	214	542	-	-	3	3	282	254
davon Roma	136	81	55	129	-	-	-	-	58	71
Bosnien und Herzegowina	407	174	233	380	-	-	-	-	157	223
davon Roma	338	127	211	308	-	-	-	-	115	193

25. Welche aktuellen Informationen gibt es zur Personalsituation, Personalentwicklung und Personalplanung im BAMF (bitte auch spezifische Angaben zu den Bereichen Asylprüfung, Widerrufsprüfung, Dublin-Verfahren, Qualitätssicherung und Prozessvertretung machen; bitte wie in der Antwort zu Frage 27 auf Bundestagsdrucksache 19/28109 angeben)?

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in VZÄ				
	eD/mD	gD	hD	Summe
Asyl (ohne Widerruf)*	1.151,5	835,8	45,2	2.032,5
Widerrufsprüfung*	130,0	262,6	7,5	400,1
Prozess gesamt	147,6	177,6	36,9	362,2
dezentral*	135,9	172,5	19,6	328,1
zentral (61D & 61E)**	11,7	5,1	17,3	34,1
QS gesamt	45,5	114,5	16,3	176,3
dezentral*	37,0	84,8	8,8	130,6
zentral (62A, 62B, 62C)**	8,5	29,7	7,5	45,7
Dublin*	158,8	185,8	10,5	355,1
dezentral (Dublinzentren 32D, 32E, 32F, o.B.)*	66,1	114,0	1,5	181,6
Dublinreferate (32A, 32B, 32C)**	92,7	71,8	9,0	173,5

* gemäß Personal-Ist Abfrage KW 35 (30. August bis 3. September 2021).

** gemäß ZSD Stand vom 1. September 2021.

Derzeit sind:

- 1,0 VZÄ von den 11,7 VZÄ im mD für 61D/61E zur BA abgeordnet,
- 1,0 VZÄ von den 5,1 VZÄ im gD für 61D/61E zur BA abgeordnet,
- 8,6 VZÄ von den 92,7 VZÄ im mD für 32A/32B/32C zur BA abgeordnet,
- 0,8 VZÄ von den 71,8 VZÄ im gD für 32A/32B/32C zur BA abgeordnet.

Vakante Stellen in VZÄ (Stand: 13.8.2020)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	0,0	1,9	3,6
QS zentral (62A, 62B, 62C)	0,0	5,3	0,0
Dublin (32A-F)	38,2	39,2	0,0

Soll in VZÄ (Stand: 1.8.2021)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	10,0	7,0	20,9
QS zentral (62A, 62B, 62C)	8,0	35,0	7,5
Dublin (32A-F)	197,0	225,0	9,0

Personalplanung:

Gehobener und mittlerer Dienst:
Asyl und Widerruf:
Aktuell sind 81 VZÄ im mD und 145 VZÄ im gD in Ausschreibung

Prozess:
Aktuell sind 39 VZÄ im gD in Ausschreibung

QS:
Aktuell sind 6 VZÄ im gD in Ausschreibung

Dublin
Aktuell sind 3 VZÄ im mD und 20 VZÄ im gD in Ausschreibung

Die zukünftige Personalplanung für den operativen Bereich hängt maßgeblich von den künftigen Aufgabenschwerpunkten ab. Eine verbindliche Aussage kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

26. Wie viele Asylverfahren wurden im ersten Halbjahr 2021 eingestellt (bitte nach Gründen und den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

1. Halbjahr 2021	Einstellung wg. § 33 Absatz 1 und 2/ § 32 a Absatz 2 AsylG	Sonstige Einstellung	Gesamtergebnis
Gesamt	1.146	1.210	2.356
Syrien	66	254	320
Afghanistan	63	48	111
Irak	61	52	113
Ungeklärt	46	22	68
Türkei	52	46	98
Somalia	30	18	48
Eritrea	9	4	13
Nigeria	47	66	113
Georgien	101	38	139
Iran	24	32	56
Algerien	135	62	197
Russische Föderation	29	41	70
Vietnam	19	83	102
Pakistan	16	12	28
Marokko	84	15	99

27. Wie viele Einreise- und Aufenthaltsverbote hat das BAMF im bisherigen Jahr 2021 gegenüber abgelehnten Asylsuchenden mit welcher Begründung erlassen (bitte nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde in diesem Zeitraum ein Schutzstatus an Asylsuchende mit einem Wiedereinreiseverbot erteilt (bitte nach Status und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Angaben zu vom BAMF erlassenen Einreise- und Aufenthaltsverboten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

bis 31.8. 2021	Entscheidungen zu § 11 Absatz 2 AufenthG	Entscheidungen zu § 11 Absatz 7 AufenthG	Entscheidungen mit Einreise- und Aufenthaltsverboten (§ 11 Absatz 2 und/oder § 11 Absatz 7 AufenthG)
Gesamt	33.559	2.264	34.526
darunter:			
Syrien	1.713	15	1.728
Afghanistan	3.498	19	3.517
Irak	3.890	20	3.910
Türkei	2.292	21	2.313

bis 31.8. 2021	Entscheidungen zu § 11 Absatz 2 AufenthG	Entscheidungen zu § 11 Absatz 7 AufenthG	Entscheidungen mit Einreise- und Aufenthaltsverboten (§ 11 Absatz 2 und/oder § 11 Absatz 7 AufenthG)
Ungeklärt	575	13	583
Somalia	673	11	684
Eritrea	211	1	212
Georgien	1.577	14	1.591
Nigeria	2.776	32	2.806
Iran	1.676	14	1.689

28. Wie viele Asylgesuche gab es im bisherigen Jahr 2021 an den bundesdeutschen Grenzen (bitte nach Grenzabschnitten und wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren; außerdem differenzieren, ob das Asylgesuch im Kontext einer unerlaubten Einreise gestellt wurde)?

Die Angaben für das erste Halbjahr 2021 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Grenzart	Grenze zu	Asylgesuche gegenüber BPOL	davon im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise
		Anzahl Personen	
Inlandsfeststellung		893	-
Landgrenze	Belgien	292	292
	Dänemark	84	84
	Frankreich	502	502
	Luxemburg	104	104
	Niederlande	97	97
	Polen	310	310
	Schweiz	389	389
	Tschechien	262	262
	nicht zuzuordnen	105	94
	Österreich	494	494
Luftgrenze		3.041	3.030
Seegrenze		243	240
Gesamt		6.816	5.898

Staatsangehörigkeit (Top 10)	Asylgesuche gegenüber BPOL	Davon im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise
	Anzahl Personen	
afghanisch	3.048	2.829
syrisch	768	707
irakisch	698	627
algerisch	369	252
marokkanisch	251	167
türkisch	208	194
tunesisch	129	99
iranisch	121	96
somalisch	111	81
libysch	99	75
Gesamt	6.816	5.898

29. In wie vielen Fällen wurde das BAMF bei der Prüfung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse nach § 72 Absatz 2 AufenthG im Auftrag der Ausländerbehörden welcher Bundesländer im bisherigen Jahr 2021 mit welchem Ergebnis beteiligt (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

1.1. bis 31.8.2021	Stellungnahmen gemäß § 72 Absatz 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
Gesamt	975	169	474	332
Baden-Württemberg	105	19	44	42
Bayern	82	16	34	32
Berlin	105	22	42	41
Brandenburg	5	2	1	2
Bremen	24		10	14
Hamburg	97	27	34	36
Hessen	53	9	28	16
Mecklenburg-Vorpommern	10	1	9	
Niedersachsen	67	13	35	19
Nordrhein-Westfalen	334	35	197	102
Rheinland-Pfalz	17	3	7	7
Saarland	12	1	6	5
Sachsen	24	9	9	6
Sachsen-Anhalt	14	8	4	2
Schleswig-Holstein	22	4	14	4
Thüringen	3	-	-	3
unbekannt	1	-	-	1

1.1. bis 31.8.2021	Stellungnahmen gemäß § 72 Absatz 2 AufenthG	davon positiv	davon negativ	davon sonstige (Abbruch u. a.)
alle HKL	975	169	474	332
darunter:				
Syrien	72	50	3	19
Afghanistan	56	19	8	29
Irak	30	5	14	11
Türkei	60	2	36	22
Ungeklärt	21	3	9	9
Somalia	6	2	3	1
Eritrea	3	0	1	2
Georgien	13	2	6	5
Nigeria	21	8	6	7
Iran	35	5	14	16

30. Welche Angaben für das bisherige Jahr 2021 lassen sich machen zu überprüften (vor allem: Ausweis-)Dokumenten und zum Anteil ge- oder verfälschter Dokumente Asylsuchender (bitte zum Vergleich auch die Anzahl der „beanstandeten“ Dokumente angeben und nach den zehn wichtigsten Hauptherkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Top 10 der Herkunftsländer	Geprüfte Dokumente	Dokumente ohne Beanstandung	Nicht abschließend bewertbare Dokumente	beanstandete Dokumente	Anteil der beanstandeten Dokumente in %
Syrien	50.222	47.420	1.582	1.220	2,4
Afghanistan	16.419	15.645	481	293	1,8
Irak	13.790	13.065	537	188	1,4
Türkei	4.315	4.126	143	46	1,1
ungeklärt	4.656	4.656	-	-	-
Somalia	460	299	108	53	11,5
Eritrea	1.065	946	85	34	3,2
Georgien	1.531	1.328	175	28	1,8
Nigeria	516	292	178	46	8,9
Iran	4.193	4.022	116	55	1,3
übrige (ca. 150 weitere HKL)	10.342	8.313	1.713	316	3,1
Gesamt (1.1.2021 bis 31.8.2021)	107.509	100.112	5.118	2.279	2,1

